

Bezugspreis:

Vom 11.—17. November 240 Milliarden Mark...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Raumzeitung...

Anzeigen für die nächste Nummer...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Sonntagabend, den 10. November 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Der Ludendorff-Putsch erledigt.

Ludendorff verhaftet, Hitler ausgerissen. — Kahr empfiehlt sich als Befreier.

München, 9. November. (Eigener Drahtbericht). Soeben ist der Münchener Putsch vollständig niedergeschlagen...

Infolge der Sperrung des Telefons waren nähere Einzelheiten nicht zu erfahren.

München, 9. November. (MIB.) In München herrschte heute nachmittags volle Ruhe...

MIB. meldet in später Stunde: Nach weiteren aus München eingetroffenen Nachrichten...

Wenn es wahr ist, daß Hitler und Ludendorff verwundet und gefangen genommen sind...

An dem reichen Sieg über die Ludendorff-Banden haben sicherlich auch ansässige und reichstreue Elemente...

In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag ist die Verkehrsperre über Bayern verhängt worden...

wonnen hatten. Die Verkehrsperre ist gewiß eine scharfe Waffe...

Wahrscheinlich erst durch diese ganz unangebrachte Differenzierung hat Kahr den Mut der Unverschämtheit gefunden...

Man stelle sich vor, Genosse Zeigner hätte sich von Kommunisten erpressen lassen...

Aber den Hitler-Ludendorff-Putsch hat die Rechtspresse mit Festgefängnis begrüßt...

In diesem Augenblick entschließt sich die Deutsche Volkspartei...

In diesem Augenblick entschließt sich die Deutsche Volkspartei dazu...

Man sucht vergebens eine Klaxie, die hoch genug ist, um auf sie zu klettern.

Nachdem der blutige Ludendorff-Putsch zu ihrem Leid mitgeführt ist...

Herr Stresemann aber — es ist peinlich, muß aber ausgesprochen werden...

Alles in allem: Die völkisch-nationalsozialistische Bewegung ist zusammengebrochen...

Blickt man auf die Gesamtheit der bürgerlichen Mittelparteien...

Die Sozialdemokratie aber will und kann nicht dulden, daß die Republik den Weg zur deutschnationalen Lutar geht...

versagen, kann es nichts geben als unverschämten Kampf.

Fort mit Kahr, dem Statthalter der Monarchie! Es lebe die Deutsche Republik!

Nach neuesten Nachrichten hat auch das Heidenpaar Hitler-Ludendorff auszureißen versucht...

Westarp fordert zum Widerstand auf! In einer Versammlung in Schöneberg...

„Herr Seevering hat den Selbstschuß verboten. Wir lassen uns aber das Recht, uns zur Notwehr zu mobilisieren, nicht nehmen.“

Stresemanns Kopf gefordert. „Erwartungen“ der Berliner Deutschnationalen.

Die Vertrauensleute des Bundesverbandes Berlin der Deutschnationalen sprachen in ihrer Zusammenkunft...

Volkspartei und Deutschnationale. Der Vorsitzende der Fraktion der Volkspartei...

Der Wunsch der großen Mehrheit der Fraktion ging dahin, den Vorsitzenden zu beauftragen...

Nachdem die deutschnationale Fraktion demgegenüber heute abend durch die Korrespondenz des Vereins deutscher Zeitungsbeleger...

Reinhardt und Löffow. Das hiesige Wehrkreis-Kommando gibt einen Situationsbericht...

Für die unter dem Befehl des Generalleutnants Müller im Gebiet des Wehrkreises IV eingetragenen Reichswehrverbände...

Hoffmanns Erzählungen.

„Vergewaltigung in einem anderen Raum.“

München, 9. November. (W.Z.) Die (bayerische offizielle) Korrespondenz Hoffmann veröffentlicht nachfolgende amtliche Erklärung über den Hitler-Putsch:

In den letzten Wochen hat Hitler in Besprechungen mit General von Lossow und Oberst von Seißer wiederholt freiwillig und ohne jeden Zwang zugesichert, daß er loyal sei und nichts unternehmen werde, ohne vorher die genannten Herren in Kenntnis gesetzt zu haben. In gleicher Weise hat General Ludendorff dem General von Lossow und dem Obersten von Seißer in feierlicher Weise Loyalität zugesichert und hinzugefügt, wenn die Wege der Herren nicht mehr zusammen gehen könnten, so würde das Verhältnisverhältnis vorher freundschaftlich aufgelöst werden. Erst dann sollte jeder die Wege gehen können, die zu gehen er nach seinem Gewissen für notwendig halte.

Am Dienstag, den 6. November nachmittags, legte der Generalstaatskommissar vor versammelten Führern der wasserländischen Verbände und dem des Kampfbundes seine Auffassung der Lage dar und gab zugleich den bestimmten Willen kund, denselben Zielen wie die wasserländischen Verbände zuzustreben. Dabei wurden die Führer ausdrücklich vor Putschern gewarnt, mit dem Hinweis, daß gegen solche mit militärischen Mitteln eingeschritten werden müßte.

Am 8. November, nachmittags von 4 bis 5,30 Uhr, fand eine Besprechung zwischen Erzelenz von Kahr, General Ludendorff, General von Lossow und Oberst von Seißer im Generalstaatskommissariat statt. Bei dieser Besprechung wurde

Einheitslichkeit in bezug auf die erstrebenswerten Ziele

festgestellt, wenn auch General Ludendorff in bezug auf das Tempo drängte, angesichts der großen Notlage, in der sich weite Kreise des deutschen Volkes befinden.

Wenige Stunden später, gegen 10 Uhr abends, erfolgte in der überfüllten Versammlung im Bürgerbräukeller, während Erzelenz von Kahr seine angekündigte Rede hielt, ein

verbrecherlicher Mordanschlag durch Hitler

mit einem stark bewaffneten Anhang, wobei Kahr, Lossow und Seißer mit vorgehaltener Pistole gezwungen wurden, an der Verwirklichung der von Hitler schon lange gehegten Pläne, namentlich der Aufstellung einer

Reichsdiktatur Hitler-Ludendorff

mitzutun. Jedermann, der Zeuge dieses an sich schon überaus häßlichen, in Anbetracht der gegebenen Versprechungen und Zusagen doppelt niederträchtigen Mordanschlags war, mußte das Verbrechen und Verabscheuungswürdige dieser Tat empfinden, sofern er über die hier dargestellte Vorgeschichte unterrichtet war. Wenn Kahr-Lossow unter dem Zwang der Verhältnisse die von ihnen erpreßte Erklärung abgaben, so geschah dies, weil die Herren von der Ueberzeugung erfüllt waren, daß nur in einem einheitlichen Zusammengehen und Vorgehen dieser drei Personen noch die Möglichkeit gelegen war, die Staatsautorität innerhalb Bayerns aufrechtzuerhalten und das Auseinanderfallen aller Machtmittel zu verhindern. Aus diesen Erwägungen allein hoben Kahr, Lossow und Seißer es über sich gebracht, die unter brutaler Vergewaltigung angeordnete Zumutung mit scheinbarer Zustimmung zu beantworten, um die Freiheit des Entschlusses und Handelns wieder zu gewinnen. Die im Saal dicht gedrängte Menge benahm sich bis zum letzten Augenblick musterhaft. Der allgemeine Answille, der beim Austritt Hitlers im Saal deutlich wurde, legte sich erst, als die Parole ausgegeben wurde, die Aktion richte sich nicht gegen Kahr. Da das Publikum über die Umstände, unter denen

die Vergewaltigung in einem anderen Raume

vor sich ging, nicht unterrichtet war, nahm es die späteren gemeinsamen Erklärungen zwar zum großen Teile mit Erstaunen, doch auch mit einer gewissen Befriedigung auf, weil es an eine freiwillige Uebereinstimmung und Einigung glaubte. Nach diesem Vorgehen wurden im Saale, von den meisten unbemerkt, mehrere Personen von den bewaffneten Nationalsozialisten festgenommen, darunter auch die Minister Dr. v. Knilling, Schreyer, Günther und Wühlhofer. Nachmittags war beim Stab des Generalstaatskommissars noch nicht bekannt, wohin die Minister gebracht worden sind. (Es heißt, sie seien wohlbehalten in einer Privatwohnung in Bogenhausen in einer Art Schutzhaft.) Von Hitler wurde im Saal verkündet,

das Kabinett Knilling sei abgesetzt.

als Vandespremer werde Erzelenz v. Kahr fungieren, bayerischer Ministerpräsident solle Boehmer werden, die Reichsregie-

zung und Präsident Ebert seien abgesetzt, eine deutsche Nationalarmee werde gebildet und General Ludendorff unterstellt, Reichswehrminister und militärischer Diktator werde General v. Lossow, während Oberst v. Seißer Reichspolizeiminister sein solle.

„Die Leistung der Polizei übernehme ich!“

sagte Hitler. Es werde nun der Kampf gegen Berlin aufgenommen werden.

Erzelenz v. Kahr gab darauf die folgende Erklärung ab: In des Vaterlandes höchster Not übernehme ich die Leitung der Staatsgeschäfte als Statthalter der Monarchie (Kürmischer Braut), der Monarchie, die heute vor fünf Jahren so schwächlich zerfallen wurde. Ich tue dies schweren Herzens und, wie ich hoffe, zum Segen unserer bayerischen Heimat und unseres lieben deutschen Vaterlandes. (Beifällige Zustimmung der Versammlung.) Auch die übrigen auf dem Podium Stehenden gaben Erklärungen ab, die bei den Herren v. Lossow und v. Seißer

dem Bestreben entsprangen, aus der Situation herauszukommen (!).

denn es war bei Kahr, Lossow und Seißer gemeinsame Ueberzeugung, daß nur in der Ueberwindung der aufgezwungenen Situation die Möglichkeit zu gemeinsamem Handeln und damit auch zur Rettung Bayerns und Deutschlands vor unausdenkbaren Unheil gegeben sei. Auf diese Weise gelang es dem Generalstaatskommissar, dem Befehlshaber der Polizei und den Polizeiobersten die Bewegungsfreiheit wieder zu gewinnen, die im ersten günstigen Augenblick dazu bemüht wurde, um in der Kaserne des 19. Infanterieregiments in Oberwiesfeld die Regierungsgewalt wieder in die Hand zu nehmen, sofort die Truppen und die Polizeiwache zu mobilisieren und Verstärkungen aus den Standorten der Umgebung heranzuziehen. Es wurde auch sofort für Aufklärung nach außen gesorgt und ein Funktelegramm folgenden Inhalts ausgegeben:

An alle deutschen Funktionäre! Generalstaatskommissar v. Kahr, General v. Lossow und Oberst v. Seißer lehnen Hitler-Putsch ab. Mit Wessensgewalt erpreßte Stellungnahme im Bürgerbräukeller ungültig. Verzicht gegen Mißbrauch obiger Namen geboten. gez. v. Kahr, gez. v. Lossow, gez. v. Seißer.

Dies geschah noch in den ersten Nachstunden des 9. November. Am frühen Morgen wurde die Erklärung mitgeteilt und die Verbreitung folgenden Aufzugs durch die Münchener Presse veranlaßt:

„Trug und Wortbruch ehrgeiziger Gesellen haben aus einer Kundgebung zu Deutschlands nationalem Wiederaufleben eine Szene widerwärtiger Vergewaltigung gemacht. Man hat mir, General von Lossow und Oberst Seißer mit vorgehaltener Pistole eine Erklärung abgepreßt. Diese ist null und nichtig. Ein Gelingen des finstern und ziellosen Umsturzes hätte Deutschland und Bayern in den Abgrund gestoßen. An der Treue und dem Pflichtbewußtsein der Reichswehr und der Landespolizei ist der Verrat gescheitert. Auf diese Getreuen geknüpft ruht die vollziehende Gewalt in meiner Hand. Die Schuldigen werden rücksichtslos der verdienten Strafe zugeführt. Die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei, „Oberland“ und „Reichsflagge“ sind aufgelöst. Unbeirrt aber durch Unverständnis und Tücke werde ich mein deutsches Ziel verfolgen, unterem Vaterlande die innere Freiheit zu erringen.“

Die Stadt, in der sonst bis zu den Mittagstunden völlige Ruhe herrschte, nahm den Aufzug mit Begierde und Befriedigung auf.

Standrecht in Bayern.

München, 9. November. (W.Z.) Die Verordnung, durch welche Generalstaatskommissar Dr. von Kahr heute das Standrecht über Bayern verhängte, bestimmt: Mit dem Tode oder lebenslänglicher oder zeitlicher Zuchthausstrafe wird bestraft: 1. wer anlässlich der Zusammenrottung einer Menschenmenge einen Brand ansetzt, raubt, stiehlt, Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen begeht oder dazu aufwiegelt, 2. wer es unternimmt, Vorkehrungen oder sonstige lebenswichtige Betriebe zu zerstören, zu beschädigen oder durch Aussperrungen, Arbeitsunterbrechungen oder in anderer Weise zu hemmen, 3. wer mit der Waffe in der Hand im Kampf gegen die zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung ausgebotenen Polizeigewalt oder Mannschaften der bewaffneten Macht oder die zu ihrer Unterstützung zugezogenen Personen betroffen wird.

Die Aburteilung erfolgt durch Standgerichte, die durch die Regierungspräsidenten im Benehmen mit den Oberlandesgerichtspräsidenten gebildet werden. Sie bestehen aus drei unbefehlten Männern, die über 30 Jahre alt sein müssen. Den Vorsitz führt ein Bezirksamtmann oder eine zum Richteramt befähigte Person oder eine andere unbedingt geeignete Persönlichkeit. Dem Richteramt ist ein geeigneter Beisitzer, wenn möglich eine zum Richteramt befähigte Person zu bestellen.

Das Standgericht hat innerhalb 24 Stunden nach der Ergreifung des Beschuldigten zu entscheiden. Das Standgericht darf ein Urteil nur fällen, wenn es die schwerste Strafe, nämlich die Todesstrafe, als vermerkt hält. Andernfalls muß auch erkannt werden, wenn die Entscheidung nicht innerhalb 24 Stunden erfolgen kann, oder das Urteil nicht bestätigt wird.

Das auf Todesstrafe lautende Urteil unterliegt keinem Rechtsbehelf, bedarf aber der Bestätigung durch den Generalstaatskommissar. Es wird nach der Bestätigung unersetzlich durch Erschießen vollstreckt. Der Generalstaatskommissar kann im Falle einer seiner persönlichen Verantwortung die ihm zustehenden Befugnisse übertragen. Die Wirksamkeit der Standgerichte endet mit der Aufhebung dieser Verordnung, wenn die Gerichte nicht schon früher aufgehoben werden. Nach diesem Zeitpunkt sind die bei dem Standgericht erwachsenen Verhandlungen an die Staatsanwaltschaft abzugeben. In den noch anhängigen Strafverfahren ist das ordentliche Verfahren einzuhalten. Das gleiche gilt für Strafsachen, in denen ein Todesurteil bekannt aber noch nicht vollstreckt ist.

Der Fehlschlag des Putsches.

Koburg, 9. Nov. (W.Z.) Da General Reinhardt auf Grund der Münchener Vorgänge den Befehl erhalten haben soll, unter Umständen über die bayerischen Grenzen vorzuziehen, ist auf Anordnung der bayerischen Regierung den bayerischen Grenzschutzformationen die Weisung gegeben worden, sich unter keinen Umständen auf Reibereien mit der Reichswehr einzulassen und sich eventuelle zur Vermeldung jeden Zwischenfalls zu ihrem Einrückung zurückzuziehen. Den Reichswehrkommandeuren sind durch die bayerische Landespolizei Mitteilungen über die Grenzpostierungen und ihre Aufgaben gemacht worden, zu denen jetzt auch die Festnahme der Münchener Putschisten gehört.

Wie wir zuverlässig erfahren, beruht der Münchener Putsch auf einem Beschluß der hitlerischen Kampfbünde in München. Dieser Beschluß kam am Donnerstagabend zustande. Er ist in erster Linie auf den Geldmangel innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung zurückzuführen. Im Verlauf der Sitzung wurde wiederholt auf die Einstellung der Geldlieferungen durch die bayerische Industrie Bezug genommen. U. a. lag der Führerschaft der Kampfbünde eine Beschwerde der Ehrhardt-Brigade, die gegenwärtig bekanntlich als Grenzschutz an der thüringisch-bayerischen Grenze liegt, vor. Nach dieser Beschwerde zu urteilen, ist die Ehrhardt-Brigade zurzeit vollkommen mittellos und auf Requisitionen angewiesen. Diese Tatsachen führten hauptsächlich zu dem Beschluß, den Putsch durchzuführen. Einzelne Berliner Stellen sind von der Putschabsicht durch die Münchener Nationalsozialisten in Kenntnis gesetzt und gebeten worden, durch eine selbständige Aktion den Münchener Putsch zu unterstützen.

Von bayerischer Seite erfahren wir, daß der frühere deutsch-vollsparteiliche Reichstagsabgeordnete Geisler, der sich vor einiger Zeit der völkischen Bewegung angeschlossen hat, erst vor wenigen Tagen nach München gefahren war, um die Einheitlichkeit der „Aktion“ zu sichern. Er teilte im Laufe der Beratungen Einzelheiten über die Entwicklung der Dinge in Berlin, die er zuverlässig schilderte, mit, warnte aber die nationalsozialistischen Kreise dringend vor einem vorzeitigen Ausbruch und verteilte die Ansicht, daß man erst die Dinge in Berlin vollständig reifen lassen müsse, ehe man in München vorgehe. Das wäre ohne dies nur eine Frage von wenigen Tagen. Offenbar hatten sich aber die Putschisten aus naheliegenden Gründen auf den Termin vom 9. November verlegt und ließen sich davon nicht mehr abbringen.

Die kleine Novelle.

Von Bruno Balz.

„So bitte sehr,“ sagte der kleine Redakteur Hefler, den ich an einem Spätnachmittag aufgesucht hatte, „hier zahle ich Ihnen jetzt das Honorar im voraus und Sie schreiben mir dafür die Novelle für die Sonntagsausgabe. Etwas Gefühlvolles, möglichst etwas aus dem Leben. Na,“ schloß er, „Sie kennen ja unser Publikum.“

Der kalte Herbstwind ließ mich schneller durch die Straßen eilen. Wie nett von Hefler, mir Vorschuß zu geben, dachte ich. Ahnte er vielleicht, wie nötig ich's brauchte? Ich war aufrichtig erfreut und durfte ihn nicht enttäuschen.

Ich begann an den Stoff für meine Novelle zu denken. „Etwas aus dem Leben,“ so hatte der kleine Redakteur gesagt. Sollte ich das Thema von der unverstandenen Frau wählen? Nein, dann würde ich keine Novelle, sondern einen Roman schreiben. Was dann? Einen Liebesfrühling schildern? Aber jetzt, im Herbst?

Halt, ich hab's.

Ein Junge aus der Provinz, den die Großstadt gelockt hat, kommt nach Berlin. Er hat geglaubt, hier gleich Beschäftigung zu finden; man hatte ihm von dem Glanz und den Freuden, die hier auf ihn warten, erzählt. Nun sieht er, daß alles so ganz anders ist — enttäuscht und müßlos verschlingt ihn der Großstadtlump.

Nun, Herr Redakteur, wie gefällt Ihnen die Sache; da haben Sie alles, was Sie wünschen! Vielleicht legen Sie mir sogar noch etwas zum Honorar zu, weil ich Ihren Geschmack so ganz getroffen habe? Ich lächle und bin sehr zufrieden mit mir.

Meine Hände graben sich tiefer in die Manteltaschen, es ist mirlich sehr unfreundliches Wetter. Wie gut, daß ich bald in meinem warmen, freundlichen Heim sein werde. Dort leuchten schon die Lichter des Bahnhofes.

Wichtig bleibe ich stehen. Jemand hat meinen Mantel berührt und geht sehr ich, wie eine magere Hand sich mir entgegenstreckt. Ich will weitergehen, aber irgend etwas zwingt mich aufzusehen. Ich blide in das blaße, hüßliche Gesicht eines Jungen.

„Das ist doch...“ fährt es mir durch den Sinn und ich weiß nicht, warum ich erschrocken und verwirrt bin.

„Was machen Sie denn hier?“ frage ich, nur um etwas zu sagen. Der Junge ist schüchtern erfreut darüber, daß er angesprochen wird. Passanten werden auf uns aufmerksam. Ich gehe langsam weiter, der Junge folgt mir. Irgendwie beginnt er mich plötzlich zu interessieren. Ich sehe ihn von der Seite an. Er ist sehr dürrig angezogen, und seine Zähne schlagen aufeinander.

„Mein Gott,“ denke ich, „wie kann man das ertragen, bei dem Wetter...“

Langsam beginnt der Junge zu erzählen. Achtzehn Jahre ist er alt. Seit einem Monat ist er in Berlin. Bis zu dieser Zeit hat er in Pommern gelebt, gearbeitet. Es hat

ihm gut gefallen, denn er kannte es nicht anders. Dann hatten ihm die Sommergäste von Berlin erzählt, von der Reichshauptstadt, der schönen, lachenden...

Ich horche auf.

Das ist ja... das ist ja die Geschichte meines Provinzjungen! Dann erzählt er weiter: wie er gehofft hatte, hier gleich eine Stellung zu finden, und wie alle Bemühungen vergeblich gewesen waren...

„Ich höre nicht mehr zu; ich weiß ja alles, alles, was er mir sagen will, daß er bereit und zurück möchte und nicht kann...“

„Ich greife in die Tasche. Da... das Honorar für die Novelle.“

„Du brauchst das Geld doch nötiger als ich.“

Er dankt, und ich sehe ihn im Gewühl der Friedrichstraße meinen Blicken entschwinden.

„Halt, halt!“ möchte ich ihm nachschreien, „der Sumpf wird auch dich verschlingen, wie er schon Tausende verschlungen hat!“

Aber kann ich ihm denn helfen?

Langsam gehe ich weiter, ich freue mich jetzt gar nicht mehr auf mein Heim. Da draußen ist ja einer, nein, fünf Hunderte, Tausende, die nicht wissen, wo sie heute die Nacht verbringen werden....

Ich muß eine Novelle schreiben... aber die Geschichte meines Provinzjungen wird es bestimmt nicht sein!

Kahrs Marx-Studien.

Der Generalstaatskommissar Kahr erscheint auf seinem Bureau und findet auf seinem Tisch den Artikel vor „Der Marxismus und die Selbstzerfleischung Deutschlands“. Er ruft einen seiner Büchsenpanner herbei und legt zu ihm „Huber, da liegt ein neuer Artikel über den zerfallenden Marxismus vor. Er ist der 2375te Artikel über diesen Gegenstand. Na, nun möchte ich mich doch einmal über den Marxismus, über diese verfluchten Marzgerübel unterrichten. Forschen Sie gründlich, mein Vieder, benutzen Sie das Konversationslexikon.“

Nach gründlichem überwöchigen Studium erscheint Huber wieder. „Nun, Huber,“ fragt ihn Kahr, „was sind denn diese Marxismen, diese Klappstecher aller Revolutionen?“

„Erzählen Sie mir nur zu recht. Nach dem Konversationslexikon bildeten die Marxbrüder schon in Benedikt Federbrüder-schöpfen, die sich im Gebrauch der Waffen ständig übten.“

Kahr bedankt sich herzlich und beauftragt dann den Oberbüchsenpanner Meinel mit neuen Studien über den „Vollsparteiliche Marx“. Der Oberbüchsenpanner Meinel wälzt abermals das Konversationslexikon und stellt dann fest, daß Karl Heinrich Marx in der Tat das Wort: „Geschichtliche Darstellung der Diktatur“ geschrieben hat.

Der sehr gewissenhafte Wahrheitsforscher gibt sich mit diesen Informationen nicht zufrieden. Er fragt den benommenen Journalisten Stockhausen über Karl Marx aus. Dieser läßt sich den Artikel: „Der Marxismus und die Selbstzerfleischung Deutschlands“ zeigen und erklärt dann scharfsinnig:

„Alle bayerischen Marxistenforscher der Staatsregierung haben nicht beachtet, daß Karl Marx in engster Verbindung mit einem Zerfleischungsgesetz gebracht wird. Wenn man diesen Prozess ins Auge faßt, dann kommt als Vater des Marxismus nur der Obermeister der Fleischerinnung in Frankfurt a. M. in Frage, der das Fleisch ganz ausgezehret zu zerfleischen und zu Wurst zu verarbeiten versteht.“

P. K.

Ein russisches Museum für Völkervunde. Die Hauptverwaltung für Museen will, einer Anregung Trojki folgend, ein Museum für Völkervunde begründen, in welchem die Eigenart aller Völkervunden der Länder des Sowjetbundes zur Geltung kommen soll. Die gesamte ethnographische Abteilung des Russen-Museums wird, wie der Dr. Gresser mittelt, ebenfalls in dem neuen großen Museum untergebracht werden. Zurzeit werden die Gegenstände, die während der Moskauer Ausstellung in der Abteilung für Völkervunde gezeigt wurden, auf ihre Eignung für das Museum geprüft. Dem geplanten Museum sollen übrigens auch in einem Park charakteristische Hütten, Zelte usw. der einzelnen Völkervunde angegliedert werden.

Ein indisches Großwildstück. Aufnahmen von dem Leben der wilden Bestien im indischen Dschungel, wie sie bisher noch nie vorher gemacht sind, werden in dem Film der Bernan-Faunthorpe-Expedition geboten, die im Auftrage des Amerikanischen Museums für Naturgeschichte lebendige und ausgestopfte Exemplare der indischen Tierwelt heimbrachte. Tiger, Leoparden, Rhinoceros, Elefanten, Büffel und anderes exotisches Großwild tummeln sich in diesen Bildern. Besonders aufregend sind die Tigerfilme. So erblickt man einen verwundeten Tiger, der einige Minuten lang verzweifelte Anstrengungen macht, sich aufzurichten und auf den Operator zu stürzen, der nur 21 Fuß von ihm entfernt dreht. Ein anderes Bild zeigt den Angriff eines Tigers gegen Elefanten des obersten Faunthorpe. Die wilde Großkatze springt an dem Elefanten empor und zerfleischt ihm den Kopf, bis eine Kugel des auf dem Tier stehenden Jägers mitten zwischen die Augen sie tödtet. Das indische einhornartige Rhinoceros, das überaus selten ist, wird hier in freiem Zustand und in mütterlicher Sorge für die Jungen vorgeführt. Riesige Herden von Elefanten wechseln mit Szenen des indischen Dorflebens.

Waldschätze. Theater am Wäldchen. Infolge des großen Erfolges bleibt „Bogomirskij“ „Fingarov Hochzeit“ auch in kommenden Woche täglich auf dem Spielplan.

Volksstämmliche Orgelkonzerte finden in der Veranalemskirche jeden Samstagabend, 6 Uhr, statt unter Mitwirkung des Organisten der Kirche, Prof. Wolfgang Reimann. Der Eintritt ist frei. Am Sonntag, den 11. Nov. 1923, 6 Uhr, findet die erste dieser Abendkonzerte unter Mitwirkung des Konzertorgelisten Kurt Langner statt.

Der Spielplan der Bayerischen Volkstheater 1924 ist festgelegt worden: „Bilderbogen“ vom 25. bis 29. Juli und vom 13. bis 17. August. Die „Reiterlinge“ am 22. und 31. Juli und am 5., 11. und 19. August. „Der Hölle“ am 24. Juli und am 1., 4., 7., 8., 10. und 20. August. Kartenbestellungen von Nichtpatronen können vorläufig noch nicht entgegengenommen werden.

Verichtigung. In dem Verzeichnis des bayerischen Studentensbundes muß es heißen: Fritz Körtner wird am 18. November, nachmittags 5 Uhr, im Schwedensaal politische Vorträge vortragen.

Die wahren Schuldigen.

Und die „irrenden Brüder“.

Der Ludendorff-Putsch und sein jämmerlicher Zusammenbruch geben selbstverständlich der Berliner Presse Anlaß zu ernsthaften Kommentaren. In äußerster sachlicher Schärfe verurteilt die „Germania“ nicht nur die offenen Putschisten Hitler und Ludendorff, sondern auch deren stille Helfer und freudwilligen Dulder. Das Blatt sagt: „Jede Regierung hat die Revolutionäre, die sie verdient. Und wenn Herr Knilling von Hitler-Banden festgesetzt wird, darf er sich eigentlich nicht zu sehr beklagen. . . Häufig genug sind die verantwortlichen bayerischen Stellen auf die von dieser Seite drohenden Gefahren aufmerksam gemacht worden. Man hat aber das Treiben der Hitler-Organisationen in einem Maße geduldet, das die erlaubte Grenze weit überschritt.“ Die leitenden Männer der sogenannten „vaterländischen Bewegung“ bezeichnet das Zentrumblatt als Phantasten, Wirrköpfe, politische Abenteuerer und Hochstapler. Endlich aber wendet sich das Blatt zu dem, der die Hauptschuld an dem Putsch trägt, nämlich an den sogenannten Generalstaatskommissar v. Kahr:

Kahr hat mehrere Wochen stamm registert und es an schwungvollen Kundgebungen nicht fehlen lassen. Das Ergebnis seiner Staatskunst liegt heute vor uns. Herr v. Kahr hat als Hüter der öffentlichen Ordnung und Sicherheit schmachvoll versagt. Er trägt in vollem Maße die Schuld daran, wenn Bayern heute eine neue Lebenszeit durchmacht. Sein gefirriges Verhalten war kläglich und läßt jedes staatsmännliche Geschick und auch persönlichen Mut vermissen. In der Versammlung hat sich Kahr einschüchtern lassen und den Eindruck hervorgerufen, als mache er den Unfug mit. Hinterher erklärt er, daß seine Zustimmung in der Versammlung erpreßt worden sei. Das ist kein imponierendes Verhalten und entspricht in keiner Weise den großen Worten, die Herr v. Kahr so gerne im Munde führt. Das System ist endgültig bankrott. Solche Ermüdungen wird man so wohl auch in den kommenden bayerischen Kreisen antreffen. Auf der Bayerischen Volkspartei ruht in diesen Tagen eine schwere Verantwortung. . .

Mit Recht weist die „Germania“ auch noch auf die Zusammenhänge zwischen München und anderen Putschzentralen hin und betont, die Gefahr sei groß und könne nur gebannt werden, wenn die Führung des deutschen Volkes zum Handeln entschlossen sei.

Ganz ähnlich sieht die demokratische „Vossische Zeitung“ die Sache an:

Daß es sich bei der Bombe, die in München gestern abend losging, nur um die verfrühte Teilzerplosion eines über das ganze Land geplanten Aufzuges handelte, wird für jeden klar, der die rechtsstehende Presse in den letzten Tagen verfolgt und heute morgen gelesen hat. „Kreuzzeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“ überboten sich in Beschimpfungen der jetzigen Regierung und in den Rufen nach der nationalen Diktatur. Daß ihnen Hitler nicht paßt und Ludendorff vielleicht unbedeutend ist, soll ihnen gern geglaubt werden. Aber nicht auf die Personen, sondern auf die Sache kommt es hier an. Und die Sache haben sie gemißet. Und sie wären auch bereit gewesen, sich mit den Personen abzufinden, wenn die Sache so glatt gegangen wäre, wie man es erhofft hat.

Das Blatt weist aber auch darauf hin, daß Ludendorff endlich selber seine Maske gelüftet habe:

Er, der es bisher immer verstanden hat, sich im Hintergrund zu halten, der immer rechtzeitig auswich, wenn Gefahr drohte, hat sich jetzt offen zum Hochverrat bekannt und damit die Gemeingefährlichkeit seines Treibens, das schon vom Rapp-Putsch her datiert, vor aller Welt enthüllt. Doch es sich bei seinen Absichten um echten und rechten Hochverrat handelt, war ja seit der Verhaftung des rechtsradikalen ungarischen Abgeordneten Ullrich schon nicht mehr zweifelhaft. Diese Verhaftung schien ihm vielleicht so gefährdend, daß er nun nicht mehr anders konnte als sich offen zu dem Streich zu bekennen. Gemeinsam mit dem Charlatan Hitler.

Die „Vossische Zeitung“ deutet weiter auf Kahr als den Hauptschuldigen und bemerkt, daß er weder in der Versammlung gegen die Ausrufung einer Reichsregierung, noch gegen die Verhaftung Knillings und Schwengers protestiert habe. Er habe tatsächlich dem Hochverrat Vorschub geleistet, um so mehr, als sein Widerspruch ihn wahrscheinlich verhindert hätte. Kahr sollte nach diesem Verhalten politisch endgültig erledigt sein, aber im Gegenteil würde er von der deutschnationalen Presse noch als verfassungstreuer Held glorifiziert werden.

Die völkischparteiliche „Zeit“ zeigt sich auch angegriffen des bayerischen Hochverrats ganz der nationalliberalen Tradition ihrer Partei würdig. Wenn ihre Gegner nicht gerade Kommunisten oder Sachsen sind, gilt für diese Gruppe immer der Satz: „Nur nicht wehe tun; wer weiß, was noch einmal kommen mag!“ So macht die „Zeit“ ihre Leser wirklich glauben, daß derselbe Ludendorff, der schon einmal „zufällig“ morgens um 6 Uhr in den Rapp-Putsch hineinpagierte, auch jetzt erst während der Bürgerbräu-Versammlung „herbeigeholt werden mußte“. Auch der Kahr und der Neutere Vossow finden in diesem Stresemann-offiziösen Blatt warme Verteidigung, wobei es wahrscheinlich nur ein Puffball ist, daß immer von der verfassungsmäßigen bayerischen Regierung die Rede ist, während doch das ganze Verhalten Kahrs auch vor dem Bürgerbräu-Spuk eine einzige offene Verfassungsverletzung darstellt. Das sollte doch gerade im Organ des Reichskanzlers betont werden, nachdem General v. Seede zum Inhaber der vollziehenden Gewalt bestellt wurde. Stammt doch die Auseinandersetzung mit Bayern gerade aus der Verfassungswidrigkeit der Kahr-Diktatur und ihrer Unterstützung durch den Neuteregenerat.

Aber die „Zeit“ als Sprachrohr Stresemanns versichert ängstlich, die Reichsregierung habe „keineswegs die Absicht, irgendwie gegen Bayern und das bayerische Volk vorzugehen und sei bereit, alle ihre Sperrmaßnahmen gegen Bayern sofort wieder aufzuheben, sobald sie die Überzeugung habe, daß die verfassungsmäßige Gewalt wieder in den Händen des Herrn v. Knilling liege“. Das heißt also, daß Dr. Luther schleunigst wieder die Reichsbank für den eiddrückigen Vossow nach Bayern schicken wird. Wahrscheinlich auch noch die republikanische Pension für den Ehren-Ludendorff!

Die Rechtspresse weiß aus dem Putsch der Ludendorff keine andere Lehre zu ziehen als die, daß schleunigst die Reichsregierung, soweit sie noch besteht, von der Bildfläche zu verschwinden habe, und daß an ihre Stelle eine außerparlamentarische „Regierung des Vertrauens“ treten müsse. Die

Forderung wird um so dreifach erhoben, als ja die politischen Personen, die jetzt noch die Reichsregierung bilden, durch ihre Fäulerpolitik den Putschisten nach wie vor in die Hände arbeiten. Anstatt jetzt fest zuzupacken und durchzugreifen, wird geredet und verhandelt und den deutschnationalen Bundesbrüdern der Hitler der Eintritt in die Reichsregierung nahegelegt. Mag Maurenbrecher, der erjahrere Renegat, beschwört händeringend das Schicksal:

Es darf nicht sein, daß Reichswehr gegen Reichswehr kämpft! Es darf aber auch nicht sein, daß Reichswehr auf vaterländische Verbände schießt, die im Grunde doch nur der Wehrhaftigkeit des Volkes dienen wollen. Es muß . . . dem, was in München geschehen ist, insoweit nachgegeben werden, daß jetzt eine völlig entschlossene Regierung an die Spitze des Reiches tritt! In dem Augenblick, wo das geschehen ist, gibt es weder „meuternde Generale“ noch „putschistische Freischaren“. Dann gibt es nur die eine große Masse des um sein Dasein ringenden Volkes. Und wer dieser Masse sich widersetzen wollte, wer durch giftige Einrede oder mit bewaffneter Hand diese Erhebung des Volkes zu seiner Befreiung zu führen versuchte, der stellt sich selbst außerhalb der nationalen Gemeinschaft. Gegen den gehe man mit aller Härte vor. Aber nicht gegen den Bruder, der, wenn er auch irren mag, so doch immer nur aus Liebe irrt und nicht aus Haß.

Schlotternde Angst vor dem Gedanken, daß wirklich einmal das Reich seine Machtmittel gegen den ganzen Freischarenspuk der Nationalen geltend machen könne, spricht aus diesem

An unsere Abonnenten!

Katastrophal und unabwehrbar geht die Entwertung der Mark weiter. Die hiermit verbundene Zunahme der Zahlungsrufen für alle Ausgaben zwingen uns, wie die gesamte Presse, den Abonnementspreis dieser Zeitschrift anzupassen. Wir müssen den Bezugspreis für die Woche vom 10. bis 17. November auf 240 Milliarden festsetzen. Wir bitten unsere Freunde und Leser, um den „Vorwärts“ lebensfähig erhalten zu können, so wie bisher um Ihre Unterstützung.

Verlag und Redaktion des „Vorwärts“.

Ausschrei einer schuldbeladenen Seele. Freilich, wenn diese Kreise aus Ruder lämen, würden sie gegen Stresemann, Seede und jeden anderen, der sich der Republik zur Verfügung stellte, anders verfahren als die bisherigen Inhaber der republikanischen Regierungsgewalt gegen die „irrenden Brüder“ der Ludendorff-Ehrhardt-Hitlerischen Bünde. Aber schließlich gilt auch in der Politik der Satz, daß jeder für die n muß, der nicht hören wollte!

Die Verkehrsperre aufgehoben.

Berlin, 9. November. (Z.N.) Anlässlich der Umsturz-Bewegung in München sah sich die Reichsverkehrsverwaltung veranlaßt, eine Sperre im Eisenbahnverkehr mit dem bayerischen Gebiet in der letzten Nacht auszusprechen. Nach Klärung der Verhältnisse in München konnte die Verkehrsperre heute nachmittag wieder aufgehoben werden, sobald der Abwärtung des Personen- und Güterverkehrs keine Hindernisse mehr im Wege stehen.

Die Nachrichtenzensur aufgehoben.

General Seede hat als Oberkommandierender der Wehrmacht die in der Putschnacht erlassene Zensurverordnung, wonach über die Vorgänge in München nur amtliche Nachrichten verbreitet werden durften, am Freitagabend wieder aufgehoben. Die Herrlichkeit Ludendorffs und Hitlers hatte inzwischen ein rasches Ende gefunden.

Die Geldgeber der Hochverräter.

Wie der „Sozialdem. Parlamentarier“ erfährt, kommen als Geldgeber der nationalsozialistischen Organisation in Bayern u. a. die Württembergische Metallwarenfabrik in Heilbrunn und die Daimler-Werke in Untertürkheim in Frage. Außerdem hat eine weitere württembergische Firma, deren Name noch nicht endgültig feststeht, große materielle Mittel zur Verfügung gestellt. Unausgelöst ist ferner noch, in welchem Maße bekannte deutsche Industrielle den Hitler-Organisationen zur Vorbereitung der Umsturz-Bewegung in Deutschland Geld zur Verfügung gestellt haben. Sicher ist aber schon jetzt, daß bekannte Industrielle Geld bereit gestellt haben.

Der französische Schritt ist erfolgt.

Der von Paris angekündigte Schritt des französischen Botschafters in Berlin beim deutschen Reichskanzler ist am Freitag nachmittag um 5 Uhr erfolgt. Der Besuch des französischen Botschafters hatte lediglich den Zweck, die deutsche Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß die Errichtung einer Diktatur in Deutschland für Frankreichs Haltung Folgerungen nach sich ziehen würde und die französische Regierung den Standpunkt vertrete, daß das demokratisch-parlamentarische System in Deutschland die Voraussetzung für geregelte Beziehungen zwischen den beiden Ländern sei. Es handelte sich jedoch keineswegs um einen Schritt ultimativen Charakters.

Der Reichskanzler stellte daher auch dem Botschafter gegenüber mit Genugtuung fest, daß die französische Regierung sich in innerdeutsche Angelegenheiten nicht einzumischen beabsichtige, sondern lediglich ihren Standpunkt über die Voraussetzungen für ein gedeihliches Zusammenarbeiten der beiden Mächte auf Grund des Lebensvertrages vertrete habe.

Schafft Arbeit!

Produktive Arbeitsgelegenheiten.

Die ständig wachsende Arbeitslosigkeit mit ihren großen Gefahren für den Bestand des Reiches macht es den zuständigen Regierungsstellen zur Pflicht, für eine ausreichende Arbeitsbeschaffung zu sorgen. Leider ist bisher davon nicht viel zu spüren gewesen, daß man sich dieser Pflicht bewußt ist. Wir verkennen keineswegs, daß die außerordentlich schwierige Lage der Reichsfinanzen auch auf diesem Gebiete zu Einschränkungen zwingt, die sonst nicht gerechtfertigt wären. Auf der anderen Seite aber bedeutet die Unterlassung volkswirtschaftlich notwendiger Arbeiten, die schon aus Zweckmäßigkeitsgründen am besten als Notstandsarbeiten verrichtet werden, einen Verzicht auf die Ausnutzung brachliegender Ar-

beitskraft zur Schaffung von Arbeitsplätzen. später auch im Steuerhaushalt werden muß. Der Umstand, daß gerade in den Großstädten und in den Industrievierteln die Arbeitslosigkeit einen geradezu unerhörten Umfang angenommen hat, macht es erforderlich, daß man eine Entlastung dieser von Arbeitslosen überfüllten Landestelle dringend wünschen muß.

Die preussische Staatsregierung hat unter Führung des Genossen Braun schon vor längerer Zeit Vorschläge zur Kultivierung von Oedländerleien gemacht, deren Durchführung gerade jetzt dringendes Gebot wäre. Bei den Arbeiten, die hier geplant sind, können 30 000 bis 50 000 Erwerbslose ohne Verzug untergebracht werden. Die Ausführung dieses Programmes scheiterte bisher an dem Widerstand der Reichsregierung, welche die dazu erforderlichen Mittel nicht bereitstellen zu können glaubte. Dieser Grund wird immer mehr hinfällig, da die unproduktive Unterstützung Erwerbsloser ohnehin große Summen verschlingt, während die Beschäftigung wenigstens eines Teiles der Erwerbslosen nicht nur eine fühlbare soziale Erleichterung, sondern auch eine Schaffung von Produktionsmöglichkeiten für die Zukunft bringen würde, welche die einmalige Ausgabe sehr bald wieder wettmachen würden. Es ist dabei auch daran zu denken, daß für derartige Produktionsanlagen ebenso wie vor dem Kriege auch der Anleiheweg nutzbar gemacht werden kann, nachdem man erst einmal zu den Goldanleihen übergegangen ist. Derartige Anleihen, die die Gütererzeugung des Volkes steigern, werden — das beweist der große Erfolg der Rentenbriefe — in breiten Bevölkerungskreisen noch größeres Vertrauen finden, als die zur Deckung unproduktiver Staatsausgaben erhobenen Kredite. Ein weiteres Betätigungsfeld für die produktive Erwerbslosenfürsorge wäre fraglos die Wiederaufnahme des Baues des Mittel-Landkanals. Darüber hinaus werden sich bei energischem Willen noch manche anderen Arbeitsmöglichkeiten finden lassen, die durch Vermittlung des Staates in kurzer Zeit nutzbar gemacht werden können.

Nachdem es aber, daß man ein derartiges Werk auf das äußerste beschleunigt, um die politischen und sozialen Gefahren der wachsenden Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit zu bannen.

Die wöchentlichen Unterstützungssätze für Erwerbslose betragen im unbesetzten Deutschland für die Zeit vom 5. bis 11. November in Ortsklasse A: für Männer über 21 Jahre 125, unter 21 Jahre 81, für Frauen über 21 Jahre 108, unter 21 Jahre 69, als Familienzuschläge für den Ehegatten 48, für jedes Kind oder jeden sonstigen Unterhaltberechtigten Angehörigen 40 Milliarden Mark. In Ortsklasse B sind für die gleichen Gruppen zu zahlen: 126, 76, 101, 59, 46, 88; in Ortsklasse C 117, 71, 94, 55, 42, 56; in den Ortsklassen D und E 108, 68, 87, 51, 89, 34. Die Familienzuschläge dürfen insgesamt den einfachen Hauptunterstützungssatz nicht übersteigen. Im besetzten Gebiet darf zu sämtlichen Sätzen ein Zuschlag von 12 Proz. gewährt werden.

Der Lohnabzug.

Neue Ermäßigungsätze.

Die Verordnungsmaßnahme für die Ermäßigungen beim Lohnabzug ist für die kommende Woche vom 11. bis 17. November auf 300 000 festgesetzt worden. Diese starke Erhöhung von 15 000 auf 300 000, also um das 20fache, ist vor allem deshalb erfolgt, weil in den letzten Wochen trotz der automatischen Anpassung der Ermäßigungsätze an die Geldentwertung der Lohnabzug stets über die vereinbarte Höhe von durchschnittlich 5 Proz. hinausgegangen ist. In eingehenden Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium hat diesmal die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durchgesetzt, daß eine wesentlich stärkere Erhöhung der Verordnungsmaßnahme erfolgt, so daß der Lohnabzug in der kommenden Woche sehr niedrig sein wird.

Im einzelnen bleiben in der kommenden Woche folgende Einkommensteuerbeträge steuerfrei:

Existenzminimum für Mann und Frau je . . . 518,4 Milliarden Mark für jedes minderjährige Kind . . . 3 450,0 „ „ zur Abgeltung der Werbungskosten . . . 4 820,0 „

Für einen ledigen Steuerpflichtigen beginnt daher die Steuerpflicht erst, wenn sein Jahreseinkommen mehr beträgt als 4838,4 Milliarden Mark, für einen verheirateten Steuerpflichtigen ohne Kinder erst bei einem Einkommen von 5356,8 Milliarden. Für jedes minderjährige Kind erhöht sich dieser Betrag um 3456 Milliarden Mark. Kurzarbeiter sind ebenfalls erst steuerpflichtig, wenn ihr Jahreseinkommen die vorgenannten Beträge übersteigt.

Die Errechnung der Lohnsteuer bei einer vierköpfigen Familie ist in der kommenden Woche wie folgt vorzunehmen:

1. Angenommen, ein Arbeiter verdient in der Woche vom 11. bis 17. November 20 Millionen Mark. Die Errechnung seines Steuerabzuges ergibt dann:

Der 10prozentige Abzug beträgt 2 000 000 Millionen Davon gehen folgende Ermäßigungen ab:
Existenzminimum für Mann u. 518,4 Mill.
Frau auf. zweimal 51 840 Mill. 103 680 Mill.
für zwei minderjährige Kinder 6 900 Mill.
zweimal 345 600 Millionen . . . 691 200 „
zur Abgeltung d. Werbungskosten 482 000 „ 1 226 880 „

Es bleibt an Steuer zu zahlen 778 120 Millionen
Die Steuerliche Belastung beträgt somit 3,86 Proz.

Beschlagnahmte Revolutionsgelder.

Hamburg, 9. November. (Z.N.) Wie die „Hamburger Nachrichten“ erfahren, sind dem kommunistischen Bürgerkriegsmitgliedern Bayern nach seiner Verhaftung Vermitteln im Betrage von 5000 Millionen abgenommen worden. Nach der Ansicht der „Hamburger Nachrichten“ wird es für die Staatsanwaltschaft notwendig sein, die Beweismittel dafür zu beschaffen, daß das Geld, das zur Finanzierung der Revolution bestimmt ist, jetzt dafür eingesetzt werden kann.

Die rheinische Goldnotenbank.

Der Rheinische Provinziallandtag hat den Plan einer rheinischen Goldnotenbank genehmigt. Ueber die Statuten des neuen Goldinstituts erfahren wir, daß eine Höchstzulassung von 6 Proz. vorgesehen ist. Die Zahlungsmittel sollen in kleinen und kleinsten Stücken ausgegeben werden. Der Geldwert ist durch die Bestimmung beschränkt, Geldgeschäfte mit Staaten und Ländern dürfen nicht abgeschlossen werden. Dagegen ist es der Industrie freigestellt, gegen wertbeständige Unterlage Kredite anzunehmen. Von Bedeutung ist die Wertbeständigkeit der Industriekredite. Bekanntlich kann sich ja die Berliner Regierung immer noch nicht von ihrem Plan trennen, die Rentenmarkkredite an die deutsche Industrie usw. nicht wertbeständig zu gewähren.

Die nächsten französischen Wahlen. Der Landesauschuss der sozialistischen Partei hat den geschäftsführenden Ausschuss beauftragt, in möglichst kurzer Zeit einen Parteitag einzuberufen, der über die Wahltaktik beschließen soll.

Ein Partei-Notopfer für Berlin

Gewerkschaftsbewegung

Reichsrat und Internationale Arbeitskonferenz.

Mit den Beschlüssen der dritten Internationalen Arbeitskonferenz in Genf beschäftigte sich am Donnerstag der Reichsrat. Ministerialdirektor Fried berichtete, daß die Konferenz in Genf 7 Gesetzentwürfe und 8 Entschließungen vorgelegt habe. Den Ausschüssen des Reichsrats sei es zweifelhaft erschienen, ob wirklich ein Bedürfnis anzuerkennen sei, in diesem Maße internationale Regelung von Arbeiterschutzbestimmungen einzuleiten, ob insbesondere die Entwürfe über Verhütung der Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft usw. gleichmäßig für Deutschland und Japan zweckmäßig seien. Die Entwürfe seien in Genf auch nicht sorgsam durchgearbeitet worden, wie es bei Beschlüssen für die ganze Welt notwendig sei. Die deutschen Vertreter hätten den Beschlüssen in Genf zugestimmt, aber zum Teil sei diese Zustimmung erstaunlich. Die in Genf gefassten Entschließungen seien allerdings nicht bindend. Die Ausschüsse des Reichsrats empfehlen, die Gesetzentwürfe über die Zulassung von Maschinen in der Landwirtschaft, Vereins- und Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter, Entschädigung der Landarbeiter bei Unfällen, über das Mindestalter für Jugendliche als Trimmer und Heizer, über die obligatorische ärztliche Untersuchung der Jugendlichen, über die Verwendung von Bleiweiß zu Anstrichen zuzustimmen, die Beschlußfassung über den Gesetzentwurf zur Einführung eines wöchentlichen Ruhetages in gewerblichen Betrieben aber zu verweigern, weil diese Frage bei der allgemeinen Regelung der Arbeitszeit zu erledigen sei. Den in Genf gefassten Entschließungen hätten die Ausschüsse zugestimmt mit Ausnahme derjenigen über die Beschäftigung der Frauen während einer gewissen Zeit vor und nach der Niederkunft. Die Ausschüsse hätten den Wunsch ausgedrückt, daß bei weiteren internationalen Konferenzen über Arbeiterschutz die deutsche Regierung mit rechte r Vorsicht auftreten möge und nur solche Bestimmungen akzeptiere, deren internationale Regelung im Interesse der Industrie und des Arbeiterschutzes wünschenswert sei. Der Reichsrat stimmte den Vorschlägen der Ausschüsse zu.

Erstaunlich ist vor allem der Kommentar des Ministerialdirektors Fried. Von den sieben Gesetzentwürfen und acht Entschließungen hat auf Erziehung des Ministerialdirektors der Reichsrat selbst dreizehn angenommen, einen zurückgestellt und nur eine Entschließung, die den Maschinenerschutz betrifft, abgelehnt. Ob gerade diese einzige Ablehnung eine Aufmesung ist, darf man bezweifeln. Wenn gewisse hochgestellte Beamten noch nicht begriffen haben, wie wichtig es gerade für entwickelte Industrieländer ist, daß die Arbeiterschutzbestimmungen auch in rückständigen Ländern zur Durchführung kommen, dann wäre es angebracht, daß sie ihr Urteil darüber mit „rechter Vorsicht“ ausdrücken.

Abänderung des Arbeitsnachweisgesetzes.

Die Reichsregierung hat auf Grund des Ermächtigungsgesetzes am 31. Oktober eine Verordnung erlassen, welche bezweckt, Errichtung und Ausbau der noch fehlenden oder nicht völlig eingerichteten öffentlichen Arbeitsnachweise zu beschleunigen, welche ferner zum Zweck von Erparnissen die Bestimmungen über die Einberufung und Geschäftsführung von Verwaltungsrat und Verwaltungsausschüssen abändert und die Uebertragung weiterer Aufgaben an die Arbeitsnachweisämter von der Zustimmung des RRM abhängig macht. Im Zusammenhang mit der Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge fallen die Beihilfen des Reichs zu den Kosten der öffentlichen Arbeitsnachweise fort. (Reichsanzeiger vom 31. Oktober 1923, Nr. 250, S. 1. u. 2. S. 1065.)

Buchdrucker und Buchdruckerhilfsarbeiter!

Die gemeinsame Versammlung der Funktionäre beider Organisationen beschloß bei Nichterfüllung ihrer Forderung von 25 Goldmark für die Woche vom 3. bis 9. November und einer Nachforderung von 10 Goldmark für die Woche bis zum 2. November die Arbeit einzustellen. Die Kollegen haben danach zu handeln.

Wie zum Schluß der Redaktion lag ein abschließendes Resultat über die zentralen Verhandlungen nicht vor. Heute, Sonnabend, nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshaus gemeinsame Versammlung der Funktionäre beider Organisationen.

Lohnregelung in der Berliner Metallindustrie.

Trotz energischer Bemühungen beider Verbände zur Herausgabe des bereits gedruckten wertbeständigen Notgeldes der Berliner Metallindustrie hat der Finanzminister die Zustimmung dazu bisher noch nicht erteilt. Aus diesem Grunde mußte für die Zeit vom 5. bis 11. November der Tariflohn auf folgender Grundlage geregelt werden: Der Lohn in Klasse I beträgt 75 Millionen; alle Einzelheiten über die tariflichen Abmachungen betreffend Frauen- und Kinderzulage, Ausgleichszulage, Vorkaufzahlung und Brotgeld sind im Tarifvertrag ersichtlich, käuflich erhältlich ab Sonnabend 11 Uhr im Zimmer 20, ab 4—7 Uhr im Zimmer 3 des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Chirurgische Branche!

In der Morgenausgabe vom Freitag ist in der veröffentlichten Notiz ein Druckfehler enthalten. Es war am Donnerstag ein Vorschlag von 50 Proz. vereinbart worden. Am Freitag ist ein weiterer Vorschlag in Höhe von 75 Proz. des Bruttolohnes der Woche vom 29. Oktober bis 4. November vereinbart worden, zahlbar am Montag, den 12. November. Wo die Möglichkeit besteht, soll er am Sonnabend mit den 50 Proz., also insgesamt 125 Proz., außer den 200 Proz., die am Mittwoch zur Auszahlung gekommen sind, gezahlt werden.

Bau-, Gelblack-, Möbelschlosser und Bauanschläger!

Durch Schiedspruch wird der Lohn vom 5. bis 11. November um 450 Proz. erhöht. Bis Sonnabend, den 10. November, sollen, wenn irgend möglich, 80 Proz. des Mittellohnes abzüglich der gezahlten Vorschüsse zur Auszahlung gelangen. Die Regelung der Vorschüsse für nächste Woche wird in der Vertrauensmännertagung bekanntgegeben.

Achtung! Kurzarbeiter der Firma C. P. Goetz erhalten am

Sonnabend zur üblichen Zeit Vorkauf.

Der Schiedspruch in der Lebensmittelindustrie ist vom Demobilisierungskommissar für verbindlich erklärt worden.

Die Entscheidung der Verbindlichkeit ist endgültig und kann von den Unternehmern mit Rechtsmitteln nicht angefochten werden. Dort, wo diese Löhne nicht gezahlt werden, muß sofort klagbar beim Innungsgericht, Belle-Alliance-Str. 5 II, oder wo der Arbeitgeber nicht Mitglied der Innung ist, beim Gewerbeamt, Zimmerstraße 90/92, vorgegangen werden. Die Charlottenburger Innung ist nicht dem Innungsausschuß angeschlossen. Die Klage ist beim

erhebt die Sozialdemokratie für die bevorstehenden schweren Kämpfe. Marken hierfür sind bei den Abteilungs-kassierern und im Bureau des Bezirksverbandes zu haben. Bare Geldsendungen bitten wir auf Postcheckkonto Berlin, Nr. 48743 an A. Pagels, Berlin SW 68, Lindenstr. 3 zu überweisen

Gewerbeamt anzubringen. Bei allen Klagen ist Entwertung des Geldes mit einzulegen.

Für die Zeit vom 3. bis 9. November 1923 haben die Unternehmer abgelehnt, zu verhandeln. Der Schlichtungsausschuß ist angerufen und tagt Montag, den 12. November 1923, nachmittags 4 1/2 Uhr. Die Unternehmer haben eine Sitzung abgehalten und beschlossen, 50 Milliarden zu zahlen. Diese Entlohnung entspricht nicht den Lebensverhältnissen. Die Arbeitgeber betrug 620,5 Proz.

Für das Tapezierergewerbe ist der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses vom 2. November 1923 vom Demo für verbindlich erklärt worden. Die Mindestlöhne betragen demnach für die Zeit vom 27. Oktober bis 2. November 1923 für Gruppe I 8.950 Millionen, Gruppe II 14,6 Milliarden, Gruppe III 10.280 Milliarden und Gruppe IV 7,2 Milliarden. Wo diese Löhne nicht gezahlt werden, haben die Kollegen klagbar vorzugehen. Für diese Woche lehnen die Unternehmer es ab, zu verhandeln, und findet am Montag, den 12. November, Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß statt.

Arbeiter, Angestellte, Beamte Groß-Berlins!

Nach einer von uns eingeholten Auskunft des Kommandos der Schutzpolizei werden in den einzelnen zuständigen Polizeidirektionen auch jetzt noch Meldungen für den Eintritt in die Schupo entgegengenommen.

Kollegen, die die in den Zeitungen veröffentlichten Bedingungen erfüllen und Schupo-Beamter werden wollen, sich bisher aber noch nicht gemeldet haben, wollen sich unverzüglich bei den örtlichen Verwaltungsstellen ihrer gewerkschaftlichen Organisationen und sodann außerdem noch bei der Polizeidirektion melden, die für die Wohnung des Meldenden in Betracht kommt. Diese Polizeidirektionen waren in der früheren Bekanntmachung gleichfalls veröffentlicht. Auf Befragen gibt hierüber auch jeder Schutzpolizist Auskunft.

Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Berlin. Platan. Wenzow.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Ortsausschuß Berlin. Köpfl.

Für die Treibriemenindustrie beträgt der Spitzenlohn 80 Millionen pro Stunde.

Für Cinoemleier beträgt die Spitzenlohn für die Woche vom 4. bis 8. November 90 Millionen, Leppichstopferinnen 78,8 und Teppichnäherinnen 67,5 Millionen. Ab 9. November erhalten die Cinoemleier 60 Goldpfennige, Stopferinnen 52 1/2 und Näherinnen 45 Goldpfennige, zahlbar nach dem amtlichen Steuerkurs am nächsten Freitag. Zahlung ist Freitag, für 3. Klasse und Pläne beträgt der Spitzenlohn vom 2. bis 8. November 93 Millionen.

Für das Baugewerbe erhielten wir über die Verhandlungen im Hoch- und Tiefbaugewerbe am Donnerstag den gleichen Bericht, der in der gestrigen Abendausgabe bereits unter der Stichmarke: „Achtung, Zimmerer!“ veröffentlicht wurde. Der Uebergang von der Papiermark zur Goldmarkrechnung soll voraussichtlich in nächster Woche erfolgen. Der Stundenlohn für die laufende Woche wird am Dienstag festgesetzt. An diesem Tage erhalten alle Vollarbeiter drei Millionen als Abschlagszahlung.

Die Handelskassensarbeiter im Einzelhandel erhalten für die Lohnwoche vom 3. bis 9. November 4 Billionen Mark Bedinge über 23 Jahre; 4,1 Millionen Verheiratete ohne Kinder; 4,2 Billionen Verheiratete mit Kindern. Die vom Arbeitgeberverband für die Woche vom 27. Oktober bis 2. November 1923 angewiesenen Lohnsätze sind von den Arbeitnehmern anerkannt. Tarifverträge können im Bureau des Deutschen Verkehrsverbundes, Zimmer 26, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches abgeholt werden.

Für die kaufmännischen Angestellten. Im Zeitungsgewerbe ist vereinbart worden, daß für die Zeit vom 4. bis 11. November jeden Oktober-Gehälter insgesamt gezahlt werden. In der Kartonnagenbranche hat der Schupoverband Berliner Kartonfabrikanten angewiesen, daß insgesamt drei Oktober-Gehälter a conto November gezahlt werden. Der Verein im Papier- und Pappengroßhandel hat angewiesen, daß für November insgesamt sechs Oktober-Gehälter a conto gezahlt werden. In der Margarineindustrie ist die Schlußzahl 122,100 Millionen. In der Brauindustrie sind bis spätestens Sonnabend, den 10. 5 1/2 Oktober-Gehälter a conto November zur Auszahlung zu bringen. Die Angestellten in der chemischen Industrie erhalten, am Sonnabend auszahlbar, weitere 500 September-Gehälter als Vorschuß für November. 15 Proz. der Summe sind in wertbeständigen Zahlungsmitteln zum Kurse vom Donnerstag zu zahlen. Möglicht am Dienstag sind weitere 1000 September-Gehälter zu zahlen, davon wieder 15 Proz. in wertbeständigen Zahlungsmitteln. Im Huteinzelhandel ist am Freitag, den 9. November, bzw. Sonnabend, den 10. November, für die Zeit vom 5. bis 11. November als vorläufige Regelung das Siebenfache eines Wochenlohnes, welches für die Zeit vom 29. Oktober bis 4. November (beginnend im ersten Bejahre mit 40 Millionen, endend in der Gruppe III mit 610 Millionen) in Frage kam, unter Ausschlag an Hilfskräfte von 5 resp. 10 Proz. unter Ablehnung der geforderten Kontozahlungen zur Auszahlung zu bringen. Die endgültige Regelung für Oktober und Gehaltszahlungen für den Monat November auf Goldbasis wird erst getroffen, sobald eine Regelung für den Groß-Berliner Einzelhandel zustande gekommen ist. In den Bekleidungs- und Installationsgeschäften sind als vorläufige Regelung für die Zeit vom 1. bis 7. November 1923 die Gehälter der Vorwoche, die am Freitag, den 2. November, zur Auszahlung gelangt sind, unter Ausschlag der Unterfertigung von 620,5 Proz. am Freitag, den 9. November, unter Abzug der geleisteten Kontozahlungen zur Auszahlung zu bringen. Die Verhandlungen über Goldmarkzahlung werden Anfang nächster Woche fortgesetzt.

Lohnsatz für die Berliner Landkassensarbeiter.

Die Stundenlöhne betragen in Millionen Mark ab 5. November: für Arbeiter im 1. Jahre der Branchenständigkeit unter 20 Jahre 74, über 20 Jahre 79 nach einjähriger Branchenständigkeit 79 bzw. 84 für Oberarbeiter und Anlagelieferer 88, für Arbeiter 73 bzw. 70, für Frauen 51. Die Lohnanlage beträgt pro Tag 252. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Buchhalter!

Heute, Sonnabend, nachmittags 2 Uhr, im Gewerbeamt unterer Reichsgerichts- und Betriebsämter der Buchhalter und Rechnungsbüchse im Gewerkschaftshaus.

Die Ortsverwaltung.

Die Ortsverwaltung.

Die Ortsverwaltung.

Die Ortsverwaltung.

Die Ortsverwaltung.

Die Ortsverwaltung.

Wirtschaft

Erleichterungen im Devisenverkehr.

Eine neue Verordnung über Forderung der Devisenangelegenheiten enthält eine Reihe von wesentlichen Erleichterungen im Vergleich zu dem früheren Gesetzesstand. Das Verbot der Preisstellung in ausländischer Währung ist auch für den Kleinhandel beseitigt; die Bezahlung von Waren in ausländischen Zahlungsmitteln ist zugelassen, die Forderung der Bezahlung in ausländischen Zahlungsmitteln ist jedoch verboten. Die Bestimmung, wonach Waren in ausländischer Währung bezahlt werden dürfen, gilt nur bis zum 30. November d. J.

Bisher mußten ausländische Zahlungsmittel, die von Ausländern mit vorübergehendem Aufenthalt für Gegenstände, Dienst oder als Mietzins gezahlt wurden, binnen einer Woche bei einer Devisenbank oder Wechselstube umgewandelt werden. Jetzt können diese ausländischen Gelder binnen einer Woche nach Empfang zu Zahlungsbüchern benutzt werden, für die die Zahlung in ausländischer Währung zulässig ist. Wenn z. B. ein Hotel von ausländischen Gästen Gelden erhält, können diese Gelder binnen einer Woche zur Bezahlung von Waren verwendet werden, nicht aber zur Bezahlung von Gehältern usw. Die bisher vorgeschriebene Meldung an den Kommissar für Devisenerfassung fällt fort. Die Pflichten der Banken, Belege (Affidavits) einzureichen und Meldungen zu erstatten, sind ebenfalls vereinfacht.

Wenn das Finanzamt mit dem Erwerb ausländischer Zahlungsmittel genehmigt hat, fällt die Einreichung des Beleges an den Devisenkommissar ganz fort.

Erfolgt der Erwerb ausländischer Zahlungsmittel auf Grund einer Handelskammerbescheinigung, so fällt die Einreichung eines Beleges an den Devisenkommissar dann fort, wenn es sich um Beträge bis zur Höhe von eintausend Goldmark handelt, während bei Beträgen über eintausend Goldmark Belege einzusenden sind.

Nach wie vor müssen die Devisenbanken wöchentliche Meldungen ihrer Geschäfte in fremden Devisen mit genauer Angabe des einzelnen Vertragspartners bis zum Sonnabend jeder Woche für die letztvergangene Woche an den Kommissar für Devisenerfassung abgeben. Nicht mehr zu melden sind Geschäfte bis zur Höhe von eintausend Goldmark und der Austausch fremder Devisen gegen andere fremde Devisen.

Für den Erwerb ausländischer Devisen erwerben und abgeben, brauchen kein besonderes Devisenbuch mehr zu führen. Auch fällt die Einreichung der Abschrift dieses Buches fort. Es genügt, daß die Buchführung so eingerichtet ist, daß sie einen leichten Uebersicht gewährt und Abschriften dem Kommissar für Devisenerfassung auf Anforderung jederzeit überhandt werden können.

Der Mangel an wertbeständigem Notgeld soll nun durch die neuen Goldanleihe und Goldschonanweisungen behoben werden. Ob dies mit ausreichender Schnelligkeit gehen wird, um auch den Lohnempfängern erhöhte Beträge in wertbeständigem Zahlungsmitteln ausshändigen zu können, ist eine große Frage. Infolgedessen muß es ausfallen, warum man bisher zwar Industriebetrieben und Sparkassen die Möglichkeit der Schaffung wertbeständigen Notgeldes gegeben hat, daß man aber auf der anderen Seite noch nicht die großen Kreditquellen in Anspruch genommen hat, die auf dem Goldbesitz der Länder beruhen. Wo eine derartige Ausgabe von wertbeständigem Geld bisher erfolgt ist, wie in Hamburg und Württemberg, geschah das auf eigene Initiative der betreffenden Landesregierungen. Es wäre doch zum mindesten zu erwägen, ob nicht Deutschlands größter Freistaat, Preußen, auch seinerseits die Ausgabe von wertbeständigem Notgeld in die Hand nehmen könnte. Es könnte dazu die Kreditunterlage in seinen Bergwerken und Forsten stellen, ohne den Reichskredit in Anspruch zu nehmen. So wenig wir eine Ueberschwemmung des Marktes mit Goldscheinen wünschen möchten, weil man der Gefahr einer Kurswindung unter allen Umständen entgegenzutreten muß, so sehr ist auf der anderen Seite zu fordern, daß während des Ueberganges alle vorhandenen Möglichkeiten zur Bereitstellung der notwendigen Geldquellen ausgenutzt werden, damit nicht die Lohnempfänger noch weiter dazu verurteilt bleiben, das Risiko der Papiermark zu tragen, während die Großverdiener sich ohne Mühe gegen die Folgen der Geldentwertung zu schützen vermögen.

Die Kohlenlage der Welt. Im Oktoberheft der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ sind Mitteilungen über die Kohlenproduktion der Welt im Jahre 1922 enthalten, die für das Verständnis der gegenwärtigen Kohlenlage aufschlußreich sind. Die Steinkohlenproduktion der Welt beruht zu rund 80 Proz. auf der Produktion dreier Staaten: die Vereinigten Staaten (40 Proz.), Großbritannien (25 Proz.), Deutschland (12 Proz.). Die Auswirkungen des Krieges waren 1922 noch nicht ganz überwunden, die Gesamtproduktion blieb noch um 18 Proz. hinter den Friedensergebnissen zurück. In Deutschland, dessen Kohlenabfuhr gegenüber 1913 um 26 Proz. geschmälert wurde, betrug der Produktionsrückgang im Jahre 1922 gegenüber 1913 13 Proz. Dabei entfielen 68 Proz. des deutschen Steinkohlenverbrauchs nach dem Ausland auf Reparationslieferungen. Die Befreiung der Nachbarländer, Schwitz, Belgien, Holland, ging zum Teil auf England über. Die Kohlenproduktion Englands war 1922 um 12 Proz. geringer als 1913. Dieser Rückgang findet aber nicht in technischen Gründen, sondern ausschließlich in der noch andauernden Wirtschaftskrise seine Erklärung. Für die Kohlenversorgung der Vereinigten Staaten war das Jahr 1922 nicht normal, da ein fast halbjähriger Streik die Produktion unterbanden hat. Seit dem Streikende waren die geforderten Mengen wesentlich höher als vor dem Kriege. Die Kohlen wurden aber im Inland verbraucht, als Kohlenausfuhrland haben sich die Vereinigten Staaten kaum beteiligt. Frankreich zeigte 1922 noch eine Unierbilanz von 29 Proz. Der Einfuhrbedarf wurde zu einem Drittel von Deutschland (Reparationskohle) im Frieden nur 7 Proz.), im übrigen aus England gedeckt, woher Frankreich höhere Steinkohlenmengen als im Frieden bezogen hat. Rußlands Kohlenproduktion blieb trotz der Besserung im Jahre 1922 noch um 65 Proz. hinter der Friedensproduktion zurück; das wichtigste Kohlengebiet Rußlands, das Donbassin, ist auch heute noch nicht wieder leistungsfähig, dagegen zeigen das Moskauer und das Uralskauer westliche Fortschritte. Die übrigen Länder haben eine Produktionssteigerung gegenüber dem Frieden zu verzeichnen, was bei den meisten Kohlenländern (China, Japan, Kanada, Britisch-Indien usw.) mit der zunehmenden Industrialisierung dieser Länder im Zusammenhang steht. — Für die Braunkohlenförderung kommen im wesentlichen nur Deutschland und die Tschechoslowakei in Frage; im Jahre 1922 entfielen drei Viertel der Weltproduktion auf Deutschland, das seine Braunkohlenförderung infolge der Einbuße von Steinkohlengebieten wesentlich steigern mußte, von 87 im Jahre 1912 auf 137 Millionen Tonnen. In den übrigen Ländern blieb die Produktion der Braunkohle im allgemeinen hinter dem Vorkriegszustand zurück.

Die Kohlenlage der Welt.

Die Kohlenlage der Welt.

Die Kohlenlage der Welt.

Die Kohlenlage der Welt.

Die Kohlenlage der Welt.

Die Kohlenlage der Welt.

Die Kohlenlage der Welt.

Die Kohlenlage der Welt.

Die Kohlenlage der Welt.

Die Kohlenlage der Welt.

Die nicht arbeiten dürfen.

Im Laufe der letzten Wochen hat die Arbeitslosigkeit in Berlin einen geradezu katastrophalen Umfang angenommen. In einer Zeit, in der die Unternehmer nach Mehrarbeit, nach Beseitigung des Achtstundentages schreien, müdet es wie ein Hohn an, wenn man täglich auf den Arbeitsnachweisen Tausende von Menschen aus- und eingehend sieht, zum größten Teil junge, rüstige Leute, die zum Nichtstun verdammt sind.

Hungern — Geseh.

Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, um so weniger fühlt sich der Arbeitslose als vollwertiger Mensch, er kommt sich vor als ein Ausgestoßener der menschlichen Gesellschaft, zu nichts mehr nützlich, als seine Zeit im Nichtstun zu verbringen. Entmutigt hat er es aufgegeben, sich nach Arbeit umzusehen. Niemand hat Arbeit für ihn, niemand kann seine Arbeitskraft gebrauchen, durch deren fruchtbar Einsetzung er wieder einmal instande wäre, sich ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. Dumpf und wahnhaft er gibt er sich seinem Schicksal, Hungern und Darben ist ihm schon Geseh. Die täglich bemessene Unterstützung reicht knapp zum trockenen Brot. Seelisch nur noch ein Wad, ist ihm alles gleichgültig. Um die Geschicknisse des Tages kümmert er sich kaum noch. Seine einzige Sorge ist die, sich das Notwendigste zum Lebensunterhalt herbeizuschaffen. Manah einer, den der Hunger zu sehr plagt, schreit auch nicht zurück, sich einmal auf unheimlichem Wege etwas zu beschaffen, wenn er einmal auf die Felder geht und sich einen Saß Kartoffeln oder Kohl holt. Wird er von einem Wächter ertappt, ist er alles wieder los und steht einer Anzeige und Bestrafung entgegen. Mancher erklärt, daß ihm eine Bestrafung gar nicht so unangenehm wäre, da er im Gefängnis wenigstens eine Zellkammer der dringlichsten Nahrungsvorsorgen entbehren ist. Das sind Zustände, die zum Himmel schreien, wenn ein Mensch das Leben im Gefängnis dem in der Freiheit vorzieht, nur um seinen Nahrungsvorsorgen entgehen zu sein. Bei den in der letzten Zeit vorgekommenen Plünderungen von Bäckerläden ist festgestellt worden, daß es zum größten Teil von Jugendlichen geschah. Es ist nur zu begreiflich, daß gerade die Jugendlichen, die doch im Wachstum sind, den Hunger am stärksten spüren. So verwerflich solche Verzweiflungstaten an sich auch sind, so verständlich sind sie doch auch wieder. Besseres Mittel als die Polizei wäre hier, allen Arbeit zu geben, so daß sie tatsächlich sich wieder als zur menschlichen Gesellschaft gehörig betrachten können, und man wäre vor derartigen Uebergriffen geschützt. Die Arbeitslosen haben dieses Leben satt, sie wollen nicht fittlich verkommen, sie wollen wenigstens nicht schlechter als Vieh leben, sie wollen endlich einmal wieder Mensch sein und arbeiten dürfen.

Auf den Arbeitsnachweisen.

Geradezu fürchtbar sind jetzt auch die Zustände auf manchen Arbeitsnachweisen bei der Auszahlung der Unterstützung. Von morgens bis spät in den Nachmittag hinein müssen Arbeitslose auf die Auszahlung der Unterstützung warten. Um nicht durch die ständige Wende der Unterstützung immer weiter zusammenzuckeln zu sehen, stellt sich ein großer Teil schon lange vor Beginn der Auszahlungen vor dem Arbeitsnachweise an. Am 5 Uhr morgens schon kommen die ersten, die dann um 9 Uhr gütlich im Besitze ihrer Unterstützung sind; vor um 8 Uhr kommt, kann glücklich sein, erst gegen 1 Uhr kein Geld zu erhalten. Gerade die Arbeitslosen empfinden die Entwertung der Mark besonders hart und erkennen deshalb die Auszahlung der Unterstützung in wertvollstem Geld. (Was zum Teil auch bereits geschieht. D. B.) Im übrigen aber wollen sie vor allem Arbeit. Sie wollen keine Geschenke, keine Almosen, sie wollen ihren Lebensunterhalt durch eigene Arbeit verdienen. Die ungeheuren Summen für die Unterhaltungen brauchen dann nicht nutzlos ausgegeben werden. Eine schreiende Ungerechtigkeits wird auch mit der Unterstützungsdauer von 26 Wochen begangen. Nach ihrem Ablauf wird die Unterstützung eingestellt, ohne daß dem Arbeitslosen Arbeit nachgewiesen wäre; sich selbst welche zu verschaffen, ist ihm unmöglich. Er steht also vor dem Nichts. Soll er nun verhungern? Ein Antrag auf Verlängerung der Unterstützung bleibt wochenlang unbeantwortet. Die Kleider fallen vielen Arbeitslosen buchstäblich in Fetzen vom Leibe. Wäsche fehlt, das Schuhzeug kann nicht mehr geflickt werden. Sie gehen nach dem Aufhören der Unterstützung der gänzlichen Verelendung entgegen.

Es ist ein unerträglicher Zustand, daß in einer Zeit, die wirklich nicht an einem Leberlauf von Gütern leidet, die Arbeitskraft

tausender von jungen Leuten brach liegt. Deutschland leidet nicht so sehr, weil es den Krieg verloren hat, sondern weil seine Menschen zerstört sind. Alles das ist wieder gut zu machen, allein es geschieht dazu wenig, fast gar nichts. Schon in Berlin könnte durch ein großzügiges Bauprogramm Arbeit für alle Arbeitslosen geschaffen werden. Es gibt Pläne, die darauf hinauslaufen, die Industrie außerhalb der Großstadt am Groß-Schiffahrtsweg und in der Gegend von Königsmusterhausen anzusiedeln, Fabriken und Arbeiterwohnungen zu errichten. Die Frage der Finanzierung muß gelöst werden. Diese Bauten würden sich in einigen Jahren rentieren. Der Entfaltung zahlreicher Volksgenossen würde mit Erfolg entgegen gewirkt werden. Zielbewußte Arbeit ist das einzige Mittel, den Arbeitslosen zu helfen.

Revolutionsfeier unserer Arbeitslosen.

Unsere arbeitslosen Parteigenossen und -genossinnen waren gestern nachmittag zahlreich im Gewerkschaftshause versammelt, um in schlichter, würdiger Weise den 9. November zu feiern. Reichstagsabgeordneter Genosse Künzler führte etwa folgendes aus: Wieder haben wir den 9. November, aber die Situation ist heute ganz anders als vor fünf Jahren. Damals leuchtete über Millionen Deutsche die Sonne des Friedens und der Freiheit, während heute eine trübe Novemberstimmung über uns lastet. Die Revolution von 1918 zerbrach die Macht der Militärherrschaft, gegen die jahrzehntlang angekämpft worden war. Am 5. Geburtstag der Republik ertönt hingegen in allen Gassen der Ruf: „Wir leiden Hunger, wir sind arbeitslos!“ Auf der anderen Seite suchen die Reaktionäre den Kampf „gegen den Marxismus und das Judentum“ auch mit Hilfe der Arbeitslosen zu führen. Die Bankrottakte von 1918 dürfen sich heute erlauben, die Antikörper zu spielen. Und gerade sie, die ja nach heftigeren Worten alle Kriegsschuldern durch die Gegner bezahlen lassen wollten, sind es gewesen, die uns unzählige Trümmerhaufen hinterlassen haben. Unser Land liegt in dem verlorenen Krieg und in der ungeheuren Profitsucht unserer Kapitalisten in der Kriegs- und Nachkriegszeit begründet. Unser Dasein, unser Wohl und unsere Zukunft werden entscheidend dadurch beeinflusst, in welchem Verhältnis wir zu den Entensentanten stehen. Daß Deutschland auf die Nachbarländer angewiesen ist, dafür ist eine Aeußerung des ökonomischen Instituts in Washington von größter Bedeutung. Bei der auch durch Gebietsabtretungen verminderten Leistungsfähigkeit Deutschlands muß vor allen Dingen im Interesse der Arbeiterschaft danach gestrebt werden, freundschaftliche Beziehungen zu den übrigen Ländern zu schaffen. An Ruhr, Rhein und Saar hat Deutschland den zweiten Krieg verloren. Der moderne Kapitalismus hat es verstanden, alle Mächte an sich zu reihen. Weil ein Teil der Bevölkerung über die Produktion verfügt, während der andere, weit größere, nur keine Arbeitskraft besitzt, so entspringt dadurch notwendigerweise der Klassenkampf. Eine Revolution „machen“ ist aber nach Lassalle die Arbeit unreifer Menschen. Die Arbeiterschaft muß geschult dafür eintreten, daß die Republik nicht ihres letzten sozialen Inhalts beraubt wird. Ganz entscheidend müssen wir uns gegen jede demagogische Aufhebung der Arbeitslosen wenden, weil man sie dadurch zu einer besonderen Klasse zu stampfen sucht. Wir werden alles tun, um das Schicksal der Arbeitslosen zu erleichtern, erwarten aber auch von diesen Kerntern der Armen, daß die der Partei allezeit die Treue bewahren. Gerade dieser 9. November muß ein heiliger Schwurtag sein, für die Erreichung unseres Zieles künftig alles daranzusetzen. Nach kurzer Aussprache wurde die Feier mit einem begeisterten Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Brotpreis: 120 Milliarden.

Die Hoffnung, daß der Brotpreis entsprechend dem seit Mittwoch unveränderten Dollarkurs stabil bleiben würde, hat sich nicht erfüllt. Wie der Aedekerband der Bäckermeister Groß-Berlins mitteilt, kostet das Brot vom heutigen Sonnabend ab 120, die Schrippe 5 Milliarden Mark. Diese Preissteigerungen sind durch weitere erhebliche Mehlpriestigerungen und durch die Erhöhung der Löhne notwendig geworden.

Ohne Nullen.

Es ist erreicht! In diesen Schaufenstern zeigen die Preisplakate nicht mehr lange Zahlen mit unheimlich vielen Nullen, sondern ganz kleine, kurze Zahlen. Nachdem nun auch der Kleinhandel auf Goldmarkbasis errechnen darf, ist es aus mit der Berechnung in Milliarden und Millionen. Und man steht vor der blanken Scheibe und staunt, wenn man wieder nach langen Jahren Baren sieht, die zwanzig, dreißig Pfennige und eine Mark kosten. Interessant ist es auch, die Gesichter des Publikums vor diesen Schaufenstern zu beobachten. Es ist wie ein Aufstehen, wie ein Beugen fast in den Augen. Man weiß natürlich ganz genau, welche ungeheuren Summen, in Papiermark umgerechnet, diese Größen und Mark bedeuten, und man weiß auch, daß man sich bei dem Einkommen nur in Papiermark fast nichts oder nur sehr wenig von all den Herrlichkeiten für fünfzig Pfennige, zwei und drei Mark kaufen kann. Und doch ist das Verschwinden der Milliardenpreise im Schaufenster wie ein Entsetzen vom Abbund. Man berauscht sich an schönen Schein. Das ist das Traurige und Bezeichnende zugleich für unseren kranken Wirtschaftskörper. Alles ist nur Schein, Schaum und Füllterand. Und alles ist nur seit langem schon für eine ganz kleine Oberflächigkeit zu haben. Der heute Dollarhöhen anweisungen hat und sie gehörig zu demstern verstanden hat, kann sich für viele Goldmark kaufen, wonach sein Herz verlangt. Die große Masse aber kommt sich vor den Schaufenstern ohne Nullen nur noch elender und trauriger vor. Sie läßt sich vielleicht einen Augenblick von den kleinen Zahlen blenden und betrügen, um dann um so mehr die Schwere des Daseins leidend zu erkennen. In den Preisverzeichnissen fehlen die Nullen, und die meisten Menschen kommen sich selbst wie Nullen vor, die nichts mehr mit dem Papiergeld anfangen und erreichen können, denen das sauer und schwer erarbeitete und verdiente Papiergeld bereits zu null und nichts zerfallen ist auf dem Wege von der Arbeitsstätte zum Kaufmann und Krämer.

Der Raubmord an dem Amerikaner Nowack.

Jellins „größte Dummheit“.

In dem weiteren Verlaufe des Prozesses wegen der Ermordung des Amerikaners Nowack schildert der Angeklagte Jellin eingehend die Vorgänge am Mordtag. An der Tat selbst sei er unbeteiligt gewesen. Als er am Tage nachher gelesen habe, daß Nowack tot sei, habe er einen Schreck bekommen und sofort seinen Koffer gepackt, um, wie verabredet war, nach Paris zu fahren. Dort habe ihm Müller gesagt, daß sie sich trennen müßten. Müller solle sich so verhalten, daß ihn niemand finden könne. Da er habe bemerkt, daß er die größte Dummheit gemacht habe, als er von Berlin weggefahren sei, ohne daß er in die Sache verwickelt gewesen sei. Als er Müller gesagt habe, daß er sich der Polizei stellen würde, habe ihm dieser erwidert, daß ihm keiner glauben würde und daß man ihn vielmehr festnehmen werde. Auf dem Polizeipräsidium in Berlin sei er gleich wie ein Räuber und Mörder behandelt worden. Da habe er den Mut verloren und gesagt, daß er bei der ganzen Geschichte nicht dabei gewesen sei. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er nicht am nächsten Tage zur Polizei gegangen sei, erwidert der Angeklagte, daß er leicht zu beeinflussen sei, und Müller habe ihn eingeschüchelt. Wenn er in die Sache verwickelt gewesen wäre, wäre er nie zurückgekommen. Er habe einen englischen Pass und konnte sich ohne Visum in England oder in den Kolonien verbergen, und niemand hätte ihn gefunden. Wenn er hätte blaffen oder schwindeln wollen, dann hätte er es besser vor der englischen Polizei tun können. Er aber sei kein Räuber und Mörder, und deshalb sei er zurückgekommen. Der Angeklagte bestreitet, daß er im Januar in schlechten Vermögensverhältnissen gewesen sei. Rechtsanwalt Dr. Usberg legt eine eidesstattliche Versicherung des Vaters und des Bruders vor, daß Jellin jederzeit Geld von Hause bekommen konnte. Die Angeklagte Martha Mariani weicht nicht, ob Müller der richtige Name war. Am Mordtag habe Müller die Griseier aus einem Kino herausgeholt. Nachts in der Wohnung hätte Witz (Müller) französisch gesprochen. Jellin sei sehr aufgeregt gewesen und habe ihr nicht sagen wollen, was los sei. Am nächsten Tage habe er erzählt, daß sie die Befanntschaft eines Amerikaners gemacht hätten, dem Stopolamin in Essen geoben und der dann im Auto noch beläut worden sei. Auf Befragen von Rechtsanwalt Dr. Frey gibt die Angeklagte an, daß sie sich als die Frau Jellins angeschlossen habe. Sie hätten auch Ringe gewechselt. Staatsanwalt Steiner spricht den Verdacht aus, daß die Angeklagte nach ihrer Haftentlassung zugunsten Jellins beeinflusst worden sei. Ihre Aussage während der Haft habe anders gelaute. Es wurden dann noch die Zeugen vernommen, die die ersten Feststellungen des Mörders gemacht haben. Die Verhandlung wird auf heute vertagt.

Copyright Georg Müller, München.

Die Lofotfischer.

Roman von Johan Bojer.

211

Henrik Rabben und Arnt Asan hatten sich an einem guten Platz aufgestellt, so daß sie den Eingang zum Hause des Pfalzknigs sehen konnten. Jetzt hörte man humpelnde Schritte im Schnee, das war Jakob, der dahergehinkt kam, eine Flasche in der Tasche. Er hatte sich die Oberlippe rasiert, die jetzt ganz blau war. „Hei... hol“ sagte er und grinste. Wenn Jakob in Feststimmung war, sagte er immer: „Hei... hol!“ „Du wagst es ja nicht,“ sagte einer leise in der Menge. „Rein, natürlich, ich wage es nicht. Rein, natürlich!“ Und er hinkte weiter zwischen zwei schwarzen Mauern von Menschen. Es wurde still. „Da kommt er selber!“ sagte eine Stimme, und es durchlief die Leute wie ein eisiger Schauer. Man hörte das Knirschen fester, ratterer Schritte. Elezeus Hysla stand dem weichen Hause direkt gegenüber, aber er hatte es so eingerichtet, daß er gerade vor einer Tür stand, durch die er entweichen konnte, wenn die Sache gefährlich wurde. Es war der Kommandant. Er kam im Mondlicht daher, kräftig und groß, das Gesicht war kantig geschnitten und bartlos, die Augen scharf, die Uniformmütze sah etwas schräg, und auf dem blauen Wams mit der doppelten Knopfreife trug er einen Pelztragen. Er stützte, als er die vielen Menschen zu beiden Seiten sah. Manche unter ihnen waren so gespannt auf das, was jetzt geschehen würde, daß sie vergaßen, den Südwester abzunehmen. Jetzt ging der Kommandant langamer, blickte nach beiden Seiten, blieb schließlich stehen und donnerte: „Was ist hier los?“ Da erwiderte wieder der humpelnde Schritt, Jakob kam aus der Menge hervor und ging gerade auf den Kommandeur zu, der da mitten zwischen den beiden Lagern stand, so daß sein Schatten auf den Schnee fiel. „Um Vergebung,“ sagte Jakob und nahm den Südwester ab, „ich wollte nur...“ „Ach, du bist es? Bist du auch schon wieder hier? Kommst du zu mir, um mir zu versprechen, dich manierlich zu benehmen, damit wir keinen Spektakel bekommen?“

„Ich wollte nur den Herrn Kommandanten bitten...“ „Wenn Ihr etwas wollt, Leute, so wißt Ihr, wo die Polizeistube ist. Geht nach Hause und führt Euch ordentlich auf.“ Der Kommandant wollte weitergehen. „Aber da vertrat ihm Jakob einfach den Weg, hielt den Südwester in der Hand, schief und breit und grinend. Es war unmöglich, diesem Gesicht eine Ohrfeige zu geben. „Wir möchten nur den Herrn Kommandanten willkommen heißen. Wir haben gehört, der Herr Kommandant wolle seinen Abschied nehmen, aber dann ist Trauer auf dem ganzen Lofot. Nur das wollten wir sagen. Wir sind nur hierhergekommen, um Hurra auf den Kommandanten zu rufen, — und dann wollten wir fragen, ob der Herr Kommandant wohl einen Schnaps mit uns tränke. Es ist Uqsholmer...“ Und ehe man sich's versah, hatte Jakob die Flasche herorgeholt, zog den Korken heraus, wuschte die Öffnung mit der Hand ab und reichte jetzt die Flasche dem erstaunten Kommandanten. In diesem Augenblick machte sich Elezeus bereit, davonzulassen, aber er wollte doch so lange wie möglich zuschauen. Der Kommandant hatte die Flasche noch nicht genommen, doch er räusperte sich. „Du bleibst doch der Alte,“ sagte er endlich. Und wirklich nahm er jetzt die Flasche. Aber ehe er sie zum Munde führte, sagte er laut, so daß alle es hören mußten: „Ihr feiert mein Begräbnis zu früh, Kinder. Ich gedenke nicht, meinen Abschied zu nehmen. Ich werde euch alle miteinander noch recht viele Jahre zwiebeln. Prost!“ Und er lehrte das untere Ende der Flasche nach oben und trank, daß es gluckte. „Ein Hurra für den Kommandanten,“ rief Jakob, der jetzt vor wilder Begeisterung fast umfiel. Und die Hurrarufe klangen, und der Kommandant reichte die Flasche zurück, winkte mit der Hand und ließ förmlich weiter. „Rein, dieser Jakob,“ sagte Arnt Asan, „was hat denn so eine Affenkomödie für einen Sinn?“ Aber Henrik fand die Sache herrlich gelungen. Er hatte nur den Wunsch, so etwas auch fertigbringen zu können. „Darauf müssen wir einen Schnaps trinken,“ sagte er. Es endete damit, daß er Arnt mit in einen Schuppen lockte, wo Lang war. Ein Mädchen auf jeden hundertsten

Mann, das gibt dem Tanze Schwung. Und Arnt dachte nur an Gurina. Aber Henrik sah den Paaren mit einer Miene zu, als habe er selbst die größte Lust, mitzutanzten. Zufällig nur wurde heute abend nichts draus. 11. Endlich war der erste Fischtag, und lange ehe es hell wurde, lag die Fischerflotte in dichtem Schwarm vor der Ausfahrt in die offene See und wartete, daß die Signalfolge von der Küstlich geholt werden sollte. Die Ruder rieben sich knarrend aneinander, ein Boot rannte gegen den Nachbarn und wurde zugleich von der anderen Seite eingepfercht. Schimpfworte und Flüche erfüllten die Luft, alle wollten zuerst hinaus. Da... jetzt geht die Flagge hoch, und war vorher Gedränge so gibt es jetzt wirklich Spektakel, Ruder werden zerbrochen, Geheul und Geschrei ertönt, hier und da fährt ein Bootshafen in die Höhe, um zu schlagen. „Wißt du gleich weg, du! Ach, halt's Maul!“ Eine frische Brise strich von Süden her über den Westfjord, und jetzt ging die Flotte mit all ihren Segeln hinaus, und die Boote wiegten sich auf den langen Wellen. Aber unter dem Himmel im Südwesten sah Lars etwas. Ein Stück Land mit Bergen lag dort allein weit draußen im Meer, und jetzt hatte es sich über das Meer emporgehoben und schwebte in der Luft wie ein Riesenvogel. Er starrte hinüber, das war unglaublich, aber er sah wirklich einen Streifen gelben Himmels zwischen den Bergen und Meer. „Was in aller Welt ist das?“ rief er und deutete hinüber. „Das ist Baeröya,“ sagte Raneles, „und wenn du dich drüber wunderst, daß die Insel jetzt oben in der Luft schwebt, so ist das eine Luftspiegelung.“ „Eine Luftspiegelung,“ wiederholte Arnt Asan, der ebenfalls hinüberschaute und an seinem Priem laute. „Wir nennen das eine Spiegelung, sowohl. Wartet nur ab... hier beim Lofot wird es viele Spiegelungen geben.“ Das Meer war übersät mit weißen und lachfarbenen Segeln. Sie steuerten nach denselben Bänken, wohin die Vorfahren diese Jahrhunderte lang gefahren waren, und die Fischgründe erstreckten sich weitenweit längs der Lofotwand und lodten die Bootschwärme aus allen Fischerplätzen an, bis hin aus zum Mosknaesstrom, weit draußen im Westen. (Fortsetzung folgt.)

Die Postgebühren ab 12. November.

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 12. November an im Post- und Postfachverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende: Postkarten im Ortsverkehr 2 Milliarden, Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 5, über 20 bis 100 Gramm 6, über 100 bis 250 Gramm 10 und über 250 Gramm bis 500 Gramm 12 Milliarden Mark.

Für Pakete beträgt das Porto in der 1. bis 3. Zone bis zu 3 Kilogramm 25, 50 und 50 Milliarden Mark. Ueber 3 bis 5 Kilogramm 35, 70 und 70 Milliarden Mark.

Für Rohrpostsendungen beträgt das Porto, wenn der Aufgabensort innerhalb des Geltungsbereichs der Ortsbriefgebühren von Groß-Berlin liegt, für die Rohrpostkarte 24 und für den Rohrpostbrief 30 Milliarden Mark.

Zahlfarten bis 1 Billion Mark 3, über 1 bis 3 Billionen Mark 5, über 3 bis 5 Billionen Mark 8 und über 5 bis 10 Billionen Mark 10 Milliarden Mark.

Die Auslandsgeldgebühren betragen vom 12. November ab für Postkarten 24, jedoch noch Ungarn und der Tschechoslowakei 18 Milliarden Mark.

Die Zahlung der Fernsprechgebühren.

Die Reichspostverwaltung hat die Fernsprechgebühren bisher nachträglich erhoben. Bei der sprunghaften Geldentwertung sind dadurch trotz häufiger Änderung der Schlüsselzahl und trotz Beschleunigung der Einziehung erhebliche Verluste entstanden.

Die Verachtung der Papiermark.

In Nr. 525 teilen wir mit, daß eine Verordnung der Reichsregierung bei Zahlungen die Annahme von Papiermark zur Pflicht macht und Verstöße gegen diese Bestimmung mit schwerer Strafe bedroht.

dem er den Betrag des Wassergeldes in Goldmark angab und handschriftlich hinzusetzte: 'Bei nicht wertbeständiger Zahlung 20 Proz. Zuschlag.' Unserem Gewährsmann war es unmöglich, die geforderte Zahlung zu leisten.

An die Groß-Berliner Arbeiterjugend!

In den Uruben und Plünderungen der letzten Tage sind leider auch in erheblichem Maße Jugendliche beteiligt gewesen. Es ist sicher, daß ein Teil von ihnen nur durch die äußerste Not zu derartigen verwerflichen Handlungen hingetrieben worden ist.

Wir fordern die gesamte werktätige Jugend, vor allem aber die Mitglieder unserer Organisation, dringend auf, sich in diesen Tagen von allen wilden Zusammenrottungen fernzuhalten, der wüsten Agitation dunkler Elemente mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und auf alle Jugendlichen einzuwirken, daß sie sich an etwaigen Wiederholungen der bedauerlichen Vorgänge in der letzten Woche unter keinen Umständen beteiligen.

Sieben Papiermark Rente im Quartal.

Eine Milliarde ist, gemessen an der Goldmark, die kleinste Werteinheit, mit der wir noch rechnen können. Was darunter liegt, sind noch kleinere Bruchteile eines Goldpfennigs.

Erstreckt da auf dem Meideamt in Tempelhof ein Rentenberechtigter, der trotz der schweren Zeit seinen Humor nicht verloren hat, und läßt sich dort amüßig bescheinigen, daß er noch am Leben ist, begibt sich mit dem dem amüßigen Stempel zierenden Formular nach dem dortigen Postamt, um dort alle Viertelsjahre seinen Rechtsanspruch zur Auszahlung bringen zu lassen.

In der Explosion eines Benzintanks im Berliner Osthafen, bei der ein Arbeiter sein Leben verlor, teilte uns die Erbauerin der Anlage, die Maschinenbau- u. G. Martini u. Hüneke, mit, daß das Unglück durch unachtsames Verfahren anläßlich einer Reparatur entstanden ist.

Goldumrechnungssätze

Table with exchange rates: 1 amerikanischer Dollar = 630 Milliarden, 1 Dollar Goldanleihe = 630, Goldscheine 1/2 Dollar 315, 1/4 Dollar 157.5, 1 Goldmark = 150 Milliarden, 1 Goldpfennig = 1.5 Milliarden.

tritt, und als nun noch in den Behälter hineingelegt wurde, entstand natürlich eine Explosion. Bei sorgfamer Ausführung der kleinen Reparatur wäre das Unglück vermieden worden.

Die Preise für Gas, Wasser, Elektrizität und Entwässerung gebühren bleiben auch heute unverändert.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Sämtliche Mitglieder des Bezirksbildungsausschusses und die vom Kommissar Dr. Litz bestellten Gäste für die Profetarischen Feiern trafen sich am Sonntag, den 11. November, pünktlich morgens 9 1/2 Uhr, am Großen Schauspielhaus.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksvorstand. Heute abend, pünktlich 8 Uhr, Sitzung im Konferenzzimmer der 'Vorwärts'-Redaktion.

14. Kreis. Reuläss. Am Sonnabend, den 10. November, veranstaltet die Sozialistische Arbeiterjugend Reuläss II und III eine Revolutionsfeier im Rathenau-Gymnasium, Bobbinstraße 34-38, unter Mitwirkung des Arbeiterjugendvereins 'Reulässler Lieberkeil'.

Morgen, Sonntag, den 11. November:

- 4. Ust. 9 Uhr erweiterte Vorstandssitzung an bekannter Stelle. Bezirks-Gruppenleiter, Stadt- und Bezirksvorstände sowie alle Wahlkreisleiter haben zu erscheinen. 7. Ust. Vormittags 10 Uhr Funktionärsitzung bei Dahms, Schlegelstraße 2.

Jugendveranstaltungen.

Die Kochschule zur Arbeitererziehung am Sonntag, den 11. d. M., nachmittags 3 Uhr, im Neuen Theater am Zoo, Lindenstraße 2, beträgt 20 Pf. (20 Milliarden). Inhaber von Einzelfarten zahlen 10 Milliarden Mark.

Heute, Sonnabend, den 10. November:

- Ust. Ubershof, Feiernabend im Lokal von Siegf. Bismarckstraße Nr. 29, abends 7 Uhr. Ueber zur Kasse. Musik. Agitation. Danksagung. Ust. Reuläss II und III. Revolutionsfeier in der Aula der Rathenau-Schule, Bobbinstraße 34, abends 7 1/2 Uhr. Kapelle. Ranzschor. Rezitationen. Aufführung aus: 'Die Weber'.

Morgen, Sonntag, den 11. November:

Karlsruher. Wanderung durch den Wildpark. Treffpunkt 8 Uhr Bahnhof Karlsruherstr. - Weidenstr. Wanderung. Treffpunkt 7 Uhr Guben-Hof-Strasse. - Weidenstr. Fahrt nach dem Rinder. Treffpunkt 1/2 Uhr Bahnhof Bismarckstr.

Werbebeirat Zentralrat. Jugendabteilung. 'Für die Republik für den Sozialismus!' im Jugendheim, Bismarckstr. 160, großer Saal. - Jugendgruppen und -gruppenleiter. Eintritt in Massen und befindet zur Zeit zur Republik und zum Sozialismus.

Ordnung für Jugendpflege, Reuläss. Zur Bekämpfung der Verteilung und Bannums am Sonntag, den 11. November, ist der Treffpunkt vor dem Baumgarten 10 1/2 Uhr, Jannichstraße 10-11. - Montag, den 12. November, abends 7 1/2 Uhr, Kinoabend in der Aula der Rathenau-Schule, Bobbinstr. 34.

Arbeiter Sport.

R. S. A. Soden. Serienspiele am 11. November. Gruppe West: Nichte 11 gegen Nichte 12, Schönhauser Allee 24-4, Fried - Eppert; Charlottenburg I gegen Hilmersdorf I, Brand - 2-3, Jahn - Eppert.

R. S. A. Soden. Fortsetzung des Bezirksrats vom 7. November am 10. November (Sonnabend) um 1/2 Uhr im Lokal des Reulässler 2. Bezirks Arbeiter-Schulhaus. Am Sonntag, den 11. November, vormittags 10 Uhr, findet im Schiedsamt eine Sitzung der Spielkommission statt.

Theater, Lichtspiele usw. Th. im Admiralpalast. Drunker und drüber. Deutsches Opernhaus. Erzählungen. Große Volkssoper. Intimes Theater. Lustspielhaus. Metropoli-Theater. Neues Theat. a. Zoo. Renaissance-Theat. Schauspieler-Th. Thalia-Theater. Scheidungsreise.

Volksbühne. Lessing-Th. Rausch. Deut. Künstler-Th. Tybcke. Komische Oper. Die Welt ohne Schleier. Apollo-Theater. Europa spricht davon! Varietè-Programm. Allgemeines Ortsanwaltschaftsamt für den Verwaltungsbezirk XI Berlin.

Th. a. Kolb. Tor. ELITE-Sänger. U. a. Esmeralda d. Tänzerin. Metropoli-Varietè. Nicht so stürmisch! Claire Waldoff. Das Rigische Stadtmittel bringt hiermit zur allgemeinen Kenntnis, daß für die Einziehung eines Lebensmittelmittels im Rahmen der roten Speicher in Alga 14 Konsumprojekte eingelaufen sind.

Verein der Berliner Buchdrucker. Verein der graph. Hilfsarbeiter. Berlammlung d. Funktionäre in den Buchdruckereien. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Wagen- u. Karosseriefunktionäre.

Verkäufe. Bekleidungsstücke, Wäsche usw. Möbel. Musikinstrumente. Kaufgesuche. Vorwärts-Austrägerinnen.

Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Karosserie. Schlossermeister. Rolanderwerke. Vorwärts-Austrägerinnen.